

VORWORT

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Kontaktadresse:
Dieter Janssen
Leuschnerstraße 15
7000 Stuttgart 1
Tel. 07 11 / 290791

Inhalt
Seite 3
Mehr vom Leben -
dank Klassenkampf
Seite 6
USA raus
aus dem Golf

Nr. 94 - Oktober 1987
80 Pfg. - Solidaritätspreis 2,- DM

Geplant: Weitere Umverteilung von unten nach oben

NEIN ZU KONNIS STEUERREFORM!

„Jeder wird im Jahr tausend Mark weniger Steuern zahlen müssen!“ - So gingen die CDU-Abgeordneten letztes Jahr hausieren. Dieses Jahr wird die Wahrheit sichtbar: Wer wenig hat, muß draufzahlen, Normalverdiener kriegen ein paar Mark und Millionäre schieben Zigtausende ein.

SPD und Gewerkschaften wollen gegen die geplante Steuerreform vorgehen. So hat der DGB für den Herbst eine breite Informationskampagne angekündigt. VORAN unterstützt die

Kampagne.

Die Steuerreform soll 1990 in Kraft treten. Finanzminister Stoltenberg will auf 44 Milliarden DM Einnahmen aus Lohn- und Einkommenssteuer verzichten. Das wären ja tatsächlich rund 1000,- DM pro volljährigen BRD-Bewohner - im Durchschnitt. Aber der Milliardenbrocken wird nicht brüderlich geteilt... Sondern so:

- Wer als Manager 300.000,- DM Jahresinkommen hat, dessen Konto schwillt ab 1. Januar 1988 ohnehin um 7330,- DM, weil das letzte Steueränderungsgesetz ihn entsprechend begünstigt, die Steuerreform schiebt ihm ab 1990 nochmals 18.000,- DM jährlich zu, denn die Kohl-Regierung senkt den Spitzensteuersatz von 56 auf 53 Prozent.
- Eine Verkäuferin mit 2000,- DM brutto im Monat muß mit rund 50,- DM Mehrbelastung jährlich rechnen, weil ihre Lohnsteuersparnis (463,- jährlich) durch Mehrwertsteuererhöhung (120,- DM) und andere Geldschöpfereien, wie Kürzung des Arbeitnehmerfreibetrages (390,- DM) übertröffen wird.
- Die rund 6 Millionen Empfänger niedriger Einkommen erhalten zusammen eine geringere Steuerentlastung als die 140.000 Spitzenverdiener, was sie in der linken Tasche bekommen, wird ihnen aus der rechten wieder rausgestohlen: z.B. durch höhere Verbrauchssteuern.

- 44 Milliarden DM kann auch ein Kanzler Kohl nicht aus dem Hut zaubern. Im Streit um die Finanzierung des Vorhabens fliegen nun zwischen CDU, CSU und FDP die Fetzen. Die einen wüden die Steuerreform am liebsten ganz abblasen. Die anderen haben sich wegen der Taschenspielertricks in den Haaren, die der Beschäftigung der Milliarden dienen sollen:
- Um wieviel Prozent soll die Mehrwertsteuer (jetzt 14%) steigen? Wie weit werden andere Verbrauchssteuern (z.B. Tabak-, Branntwein-, Mineralölsteuer) angehoben?
- Sollen Weichachts-, Arbeitsnehmer- und Versorgungsfreibeträge ebenso wie die Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit ganz wegfallen oder bloß teilweise? (Auf diese Weise könnte die Regierung 14 Milliarden DM zusätzlich kassieren, hauptsächlich von den geringverdienenden Arbeitnehmern.)
- Oder werden gar ein paar Millionen aus den Milliardenöpfen gestrichen, aus denen Industrie und Groß-

Schichten blechen, denn die Preise steigen entsprechend. Von der CDU-Steuerreform werden diese Schichten andersseits nichts spüren, weil sie schon bisher keine oder nur eine geringe Lohnsteuer zahlen. Aber die gestiegenen Verbrauchssteuern schädigen ihre Börsen: Hausstrafen, Rentner, Studenten, Zivildienstleistende, Soldaten, Geringverdienende - insgesamt 10 bis 15 Millionen Leute. Sie zahlen drauf - für die „Entlastung“ der Millionäre.

Die Wendergerierung setzt mit ihrer Steuerreform fort, was sie seit ihrem Antritt prädiiziert: „antun“ Geld einzusammeln, um es „oben“ wieder auszugeben weg. Trotz geringer Steuersenkungen 1986 und 1988 werden es 1989 bereits 44 Pfennig sein. Eine echte Steuerreform wäre für die allermeisten Arbeiter und Angestellten in der Tat nötig.

Wenn indirekte Steuern (wie die Mehrwertsteuer) erhöht werden, müssen die einkommensschwächsten



1987 3. Nr.

Taschen“ haben, finden Unternehmen und Selbständige seit jeher vielfältige Schlußpföcher im Paragraphendschungel der Steuergesetze vor. Um schätzungsweise 50 bis 100 Milliarden DM bescheißen diese Kreise jedes Jahr die Finanzämter.

Die Wirtschaftskonjunktur wird sich bald wieder auf Talfahrt begeben. Das wird ohnehin alle Berechnungen der CDU-Steuerschätzer umschmeißen. Aber selbst bei 2% jährlichen

Wirtschaftswachstum werden die Finanzierungsdefizite der öffentlichen Haushalte bis 1991 auf fast 100 Milliarden DM jährlich anschwellen. Ob mittels Inflation oder durch neuerfundene Steuern: Die Arbeiter und Angestellten, die Rentner und Jugendlichen werden dann zur Kasse gebeten - außer sie wehren sich und zwingen den Reichen ihren Willen auf.

Kurt Pfeiffe, Stuttgart
Jungsozialist

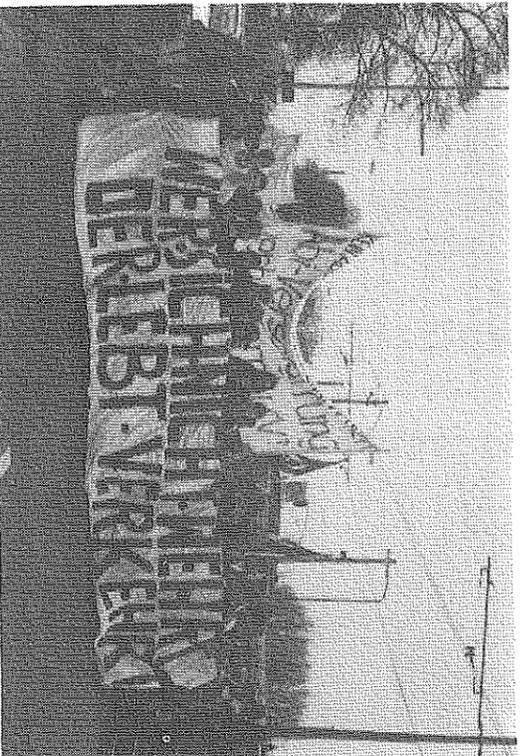
Jungsozialisten-Aktionsherbst

Der Jugend eine Chance!

Probleme haben wir mehr als genug: Sorgen um Lehrstelle und Arbeitsplatz, Ärger und Streß in der Schule, Probleme zu Hause und natürlich mit dem Geld. Außerdem haben wir Angst um unsere Zukunft: Wird die Erde in 30 Jahren noch bewohnbar sein, können wir das Wasser noch trinken und die Luft noch atmen? Oder werden wir vielleicht die nächsten 30 Jahre gar nicht mehr erleben, weil die atomare Katastrophe ziviler oder militärischer Art die Menschheit schon ausgelöscht hat?

Was für ein Leben wäre eigentlich möglich mit dem Reichtum, der jetzt schon produziert wird? Durch die Reduzierung der täglichen Arbeitszeit auf 5 Stunden wäre eine wichtige Voraussetzung geschaffen, daß jeder Mensch, Mann und Frau, sich Familie, Beruf, Politik und Kultur widmen kann. Das hätte weitreichende Folgen für den Alltag: Endlich gäbe es wirklich „Freizeit“, d.h. Nicht-Arbeitszeit, in der auch keine Hausarbeit mehr zu erledigen ist und in der man nicht zu kaputt ist, um noch irgendetwas Vernünftiges auf die Beine zu stellen. Wir könnten aktiv Sport betreiben, Musik machen, wir hätten endlich genügend Zeit für unsere Kinder und unsere Partner. Wir wären der Selbstverwirklichung einen ganzen Schritt näher gekommen. Es bliebe Zeit für Fortbildung, wir alle können die neuen Technologien nicht nur anwenden, sondern sie auch verstehen lernen. Wir könnten die Produktionszusammenhänge begreifen; so würde die Arbeitszeitverkürzung zu weiterem Produktionsanstieg und zu vermehrtem Reichtum der Gesellschaft führen.

Aber nicht nur die Frage, wie lange gearbeitet wird, ist wichtig, sondern auch die, in wessen Interesse. Arbeit



Die Jugend ist bereit, für ihre Rechte zu kämpfen.

Kommt am 5. Dezember 1987 alle zur großen
Juso-Jugend-Veranstaltung
nach Nürnberg. Organisiert Busse
und bringt auch neue Leute mit.

Der Kommentar

Ende der Stabilität

Die beiden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Bremen sind in ihrer Bedeutung kaum zu unterschätzen. Einige Trends aus der jüngeren Vergangenheit haben sich bestätigt. So der Trend nach unten bei der CDU – seit 1983 gab es Verluste für die stärkste Regierungspartei bei fast allen Landtagswahlen und bei der Bundestagswahl. Es ist völlig klar: die Mehrheit der Bevölkerung hat keine Illusion mehr in die Regierung des Kapitals! Selbst in Bremen, einem Stadtstaat mit großen Problemen und hoher Arbeitslosigkeit, ist es der CDU als Oppositionspartei nicht gelungen, auch nur einen Blumentopf zu gewinnen – im Gegenteil, sie verlor ca. 10% und erreichte so ihr schlechtestes Ergebnis seit 28 Jahren.

Die Hauptverantwortung der Bundespolitik für die Bremer Probleme war der Bevölkerung sehr klar. So zogen viele vor, die FDP – aufgrund ihres Images als liberales Korrektiv der CDU – zu wählen, aber auch die Grünen konnten profitieren: In den „vornehmen Vierteln“ verlor die CDU 17,2% und die Grünen gewannen 12% dazu.

Grüne bei den Verlierern

Dennoch waren auch die Grünen bei den Wahlverlierern: Vergleichlich mit den Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 87 verloren sie über 4% der Stimmen in Bremen, in Schleswig-Holstein sank ihr Anteil von 8% bei den Bundestagswahlen auf 3,9%. Die unklare politische Linie der Grünen Partei hat sicherlich hierzu beigetragen, aber wichtiger war wohl der Effekt, den wir schon bei den Landtagswahlen im Saarland feststellen konnten: Sobald die SPD einen Kandidaten anbietet, der für ökologische Themen offen ist, trauen die Wähler der größeren Partei SPD eher zu, ein umweltfreundliches Programm auch umzusetzen, als der schwachen Kraft der Grünen.

Zwar hat die SPD bei beiden Wahlen gute Ergebnisse erzielt, aber daraus sollte die Führung keine voreiligen Schlüsse ziehen. Betrachtet man die absoluten Zahlen, so wird deutlich: Im Vergleich zur Landtagswahl 1983 hat die Partei in Schleswig-Holstein 26.500 Stimmen verloren, in Bremen 13.797. Es ist also jetzt nicht an der Zeit, sich in Sicherheit zu wiegen – die Situation muß genau analysiert werden. Nur wenn die SPD eine echte Alternative anbietet, wird sie wirkliche Gewinne verzeichnen können.

Dilemma der Bürgerlichen

In der politischen Landschaft der Bundesrepublik haben die Ergebnisse der Wahlen für einige Turbulenzen gesorgt. Der Streit innerhalb der Regierungskoalition, der schon den ganzen Sommer über Schlagzeilen machte, setzt sich nun mit steigender Härte fort. Es geht um die Frage, mit welcher Strategie die bürgerlichen Parteien in die nächste Krise einsteigen. Ihr Problem lautet: Wie kann ich die Rechten halten ohne die „Mitte“ abzuschrecken, und umgekehrt? Der Geißler/Blum-Fitgel, der für eine stärkere Ausrichtung an der Mitte plädiert, nimmt die Wahlmiederlage als Argument für seine Position, während Strauß sich in seiner Haltung bestärkt sieht durch die Gewinne der Rechtsradikalen in Bremen. Man dürfe die rechte Flanke eben nicht vernachlässigen, so der bayerische Ministerpräsident.

Dieses Strategieproblem der Koalition wird nicht zu lösen sein. Das ist das alte Dilemma der „Volkspartei“ CDU: Macht sie es den Unternehmen recht, verliert sie Unterstützung bei ihrer Wählerschaft, und macht sie es dieser recht, so kann sie ihre Aufgabe als Partei des Kapitals nicht mehr erfüllen.

Ähnliche Zerreißproben gibt es auch bei den Grünen. Fundamentalisten und Realos schieben sich gegenseitig die Schuld für das schlechte Abschneiden bei den Wahlen in die Schuhe, es gab getrennte Pressekonferenzen von Teilen des Fraktionsvorstandes, und die Mehrheit dieses Gremiums nahm erst in letzter Minute eine Rücktrittsdrohung zurück.

Die Bundesrepublik ist in eine neue Phase eingetreten. Das Ende des Nachkriegsaufschwungs ist auch das Ende der Stabilität der Parteienlandschaft. Die nächste Zeit wird uns noch so manche Überraschung bringen.

Absolute SPD-Mehrheit möglich

Wenn die SPD jetzt klare Positionen bezieht, wird sie von der Situation profitieren können. Sie muß sich bundesweit eindeutig auf die Seite der Arbeiter, Bauern und kleinen Angestellten stellen. Sie muß die Gewerkschaften in ihrem Kampf um Arbeitszeitverkürzung und den Erhalt von Arbeitsplätzen unterstützen, indem sie ein politisches Programm für die Lösung der Probleme anbietet, ohne Konzessionen an die Unternehmer. Sie muß sich konsequent gegen Sparpolitik auf Kosten des „kleinen Mannes“ stellen – besonders in den Städten, wo sie die Verantwortung trägt. Sie muß ihr Programm zum Erhalt und der Verbesserung der Umwelt ausarbeiten und auch beginnen, es durchzusetzen – ohne beim geringsten Widerstand der Konzerne direkt wieder umzufallen.

So werden Mehrheiten, ja absolute Mehrheiten bei den nächsten Wahlen durchaus wahrscheinlich sein, und verbunden mit einer Mobilisierung der Massen hätten wir die Möglichkeit, diesem korrupten, menschenunwürdigen kapitalistischen System ein Ende zu bereiten.



ZUR sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V. Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öflinger

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Bankverbindung: Pöthra Essen, Konto-Nr. 2500 59-430 Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstr. 26-28, 4300 Essen 11

Kampffonds

Wir brauchen Deine Spende!

Wo man nur hinsieht: Überall werden wir im bundesdeutschen Alltag braut und betrogen: 700.000 DM z.B. Heimarbeiter; 700.000 DM mußten 1986 an Heimarbeiter in NRW nachgezahlt werden, weil die Arbeitgeber sich nicht an den Mindestlohn gehalten haben; z.B. Umweltschutz: 75% aller Verfahrten wegen Umweldelikte werden eingestellt, d.h. nur jeder 4. Umweltsünder wird zur Kasse gebeten; z.B. Steuergeschenke an die Unternehmer durch die sogenannte „Steuerreform“ gehen in die Millionen.

Es gibt nur eins: Diese Schmarotzer müssen weg. Einen Anfang dazu leistet VORAN, die marxistische Monatszeitung der deutschen Arbeiterbewegung, die für ein demokratisches, sozialistisches System kämpft.

Sie lebt von den kleinen und großen Spenden ihrer Leser, wie man anhand der folgenden Beispiele sieht. Insbesondere hervorheben möchten wir diesmal die Spenden von einigen Arbeitern bei VW-Bannatal, die sich bei einer Solidaritätsveranstaltung für die streikenden VW-Arbeiter in Mexico



„Betrieb“ Krankenhaus

Liebe Genossinnen und Genossen! Sechs Wochen lang habe ich nun die „Vorleile“ eines Krankenhauses im Kapitalismus genießen können. Da Krankenhäuser wie normale Betriebe funktionieren müssen, stehen sie unter dem immensen Druck alle Betten belegt zu haben, weil sie sonst rote Zahlen schreiben. So sind sie gezwungen, die Patienten länger zu behalten, als das medizinisch notwendig ist.

Auch werden Patienten auf die Möglichkeit einer Operation hingewiesen, die zwar nicht lebenswichtig ist, doch vielleicht eine Verbesserung in kosmetischer Hinsicht bedeutet. Weil jede Operation Geld einbringt, wird jedoch nicht gesagt, daß die Operation im Prinzip auch fallen gelassen werden kann, da die folgenden Komplikationen größer sein als der zu erwartende Erfolg.

Der Patient ist im Gesundheitswesen des Kapitalismus ein Objekt der Behandlung, das ermunldiger ist. Er wird selten gefragt, ob er mit etwas einverstanden ist. Dabei könnte alles ganz anders sein. Wenn die Pharmaindustrie verstaatlich wäre, ebenso die privaten Krankenhäuser, so wären sie nicht mehr von Zwang des Profitmachens abhängig. Es gäbe auch keine Konkurrenz untereinander, die gerade in diesem „Gewerbe“ patientenfeindlich ist. Die Beschäftigten würden sämtliche Vorgesetzten wählen und die Patienten würden voll in die Behandlung eingeweiht. Sie könnten wählen, wer sie operiert.

Wer das Bettelnhaus der Uni Köln kennt, weiß, wie häßlich und abweisend es ist. Dabei könnte man doch Krankenhäuser wie Dörfer anlegen, sodaß keine Klinikatmosphäre aufkommt. Außerdem müßten Freizeitmöglichkeiten geschaffen werden, die gar keine Langeweile entstehen lassen, so wie ich sie sechs Wochen lang erleben mußte.

Also, Genossinnen und Genossen, AUF ZUM SOZIALISMUS!
Michael Gerhards, Köln
Jungsozialist

Kumpels kämpfen weiter

Liebe Genossen,
Seit dem historischen Kampf von 1984/85 erleben die britischen Bergarbeiter schwere Zeiten. Die Unternehmer verhalten sich zunehmend diktorisch, sie führen die 6-Tage-Woche und ein neues Disziplinierungsgesetz ein, und weitere Zechenstilllegungen sollen die Privatisierung vorbereiten. Deshalb haben auch fast alle Minen seitler mindestens einmal gestreikt.

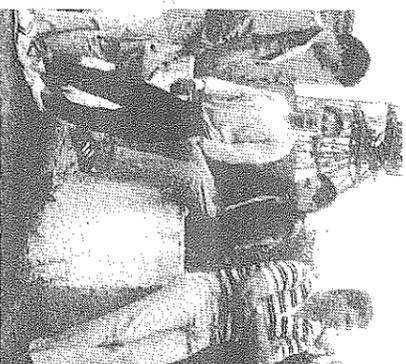
auf 18,80 DM summierten und die

Spende von 100,- DM von Rentner Hans Bötel in Erinnerung an unseren verstorbenen Hamburger Genossen Hans Bröker.

Außerdem spendeten W.H., Hamburger Rentner, 4,20 DM, Frau Røque, Hausfrau aus Wiesbaden, 20,- DM und H. Batsch, Köln, 400,- DM. Aachener Leser spendeten insgesamt 105,50 DM. Durch „Extras“ beim Zeitungsverkauf in Hamburg wurden 15,60 DM, in Göttingen 23,50 DM und in Stuttgart 56,90 DM einnommen. Ferner wurde in Wiesbaden für 34,- DM und in Aachen 12,40 DM um die Landtagswahlen gewettet – zugunsten des Kampffonds, versteht sich.

Damit beträgt unsere K.F.-Bilanz zur Zeit 17.532,41 DM. Wir haben jedoch noch einen weiten Weg vor uns, wenn wir unser Ziel bis Jahresende erreichen wollen. Denk' auch Du daran, womöglich selbst zu spenden und andere nach einer Solidaritätsspende zu fragen!

Fiz Garvie
Redaktion Köln



Streikposten im Revier Süd-Yorkshire.

Ein Beispiel, mit welcher Entschlossenheit die Bergarbeiter für ihre Rechte eintraten, war der Streik Ende Juli im gesamten Revier Süd-Yorkshire. Er begann, als auf der Zeche Frickley 5 Männer angewandt wurde. Danach legten fliegende Streikposten das ganze Revier lahm, und einige Tage lang bestand völlige Einheit.

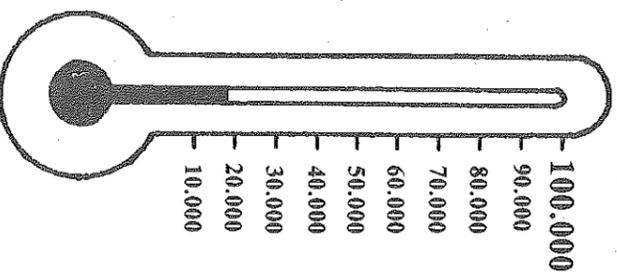
Unglücklicherweise hat die örtliche Gewerkschaftsführung den Streik abgeblasen, statt auf ihn aufzubauen, während sie auf das Ergebnis einer nationalen Urabstimmung warteten (Ergebnis: 78% für Streik!). Auf alle Fälle war diese Sache jedoch sehr lehrreich für die Arbeiter. Jeder weiß jetzt, was dieses neue Gesetz bedeutet und wie nötig es ist, daß wir es bekämpfen.

Alles in allem: In der Bergbauindustrie stehen turbulente Zeiten bevor, nicht nur in Großbritannien, sondern in Europa und dem Rest der Welt. Jetzt müssen wir Bergleute zurückschlagen und die Rechte verteidigen, die wir uns bisher erkämpft haben.

I. G. Ironmonger
Süd-Yorkshire, England

Es war der Aktionsausschuß

Liebe Genossinnen und Genossen, in VORAN Nr. 92 wurde ein Artikel von mir zum Stuttgarter Schülerstreik veröffentlicht und in Nr. 93 wurde eine Anzeige für eine Broschüre des Jusos Kreisverbands Stuttgart über den Stuttgarter Schülerstreik gedruckt. Da ich vergaß, meinem Artikel eine Überschrift zu geben, war die Redaktion gezwungen, selbst eine zu finden. Und zwar: „Stuttgarter Jungsozialisten leiten Schülerproteste“. Auch in der Anzeige über die Broschüre ist davon die Rede, daß der Stuttgarter Jusos-Kreisverband die Führung des Streiks hatte.



Spendenkonto:
VORAN Post giroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Die eigentliche Leitung der Schülerproteste lag jedoch beim Stuttgarter Schüleraktionsausschuß, dessen Aufbau aktive Jusos initiiert hatten. In diesem Ausschuß spielten Jusos zwar eine führende Rolle, der Ausschuß an sich ist bewußt überparteilich. Ohne die aktive Beteiligung von Nicht-Jusos im Aktionsausschuß wäre ein so großer Erfolg beim Schülerstreik am 11.6. nicht möglich gewesen.

Erfreulicherweise sind einige Schüler, die während des Streiks aktiv geworden sind, inzwischen Jusos. Daas ändert aber nichts daran, daß es im Aktionsausschuß nach wie vor sehr aktive Nicht-Genossen gibt. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, auch in Zukunft weitere Schüler zu aktivieren und möglichst viele als Jusos und VORAN-Unterstützer zu gewinnen.

Rote Grille
Stefan Kimmerte
Juso-AG Stuttgart-Ost

Juso-„Demokratie“?

Liebe Genossinnen und Genossen! Seit einem Monat gibt es in Kassel wieder 2 funktionstfähige Jusogruppen. Geäußert wurde zunächst eine, die AG-Nord, die nach einigen Monaten so stark expandierte, daß man sich entschloß, eine zweite AG ins Leben zu rufen, die Juso-AG-West. Bei beiden Gründungen wirkten maßgeblich Voran-Unterstützer mit, die mit der zahlenmäßigen Zunahme der AG's für ihr Programm weitere Unterstützung fanden. In Anbetracht dieser Tatsache fürchtete der Juso-Kollektivvorstand anscheinend um seine Vormachtstellung. So versuchte er zunächst, eine streng nach Statuten der Partei laufende Gründung zu verhindern.

Als die AG-West gegen den ausdrücklichen Willen eines Kollektivvorstandmitgliedes nun doch formal gegründet wurde, teilte man der AG mit, daß auch eine richtmngereue Gründung der AG nichts nützen werden. Denn nach den Kollektivrichtlinien sei es jederzeit möglich, eine Juso-AG, die nach Meinung des Kollektivvorstandes „sektiererisch arbeite“ (was immer das heißen mag?), aufgelöst werden könne. Doch damit nicht genug: Anhand eines Beschlusses des Kollektivvorstandes verbietet man den Verkauf von Voran-Zeitungen auf Juso-Veranstaltungen. „Bei Zuwiderhandlung werde man von seinem Hausrecht Gebrauch machen!“

Mir als Voran-Unterstützer und aktiver Juso stellt sich nun die Frage, ob dies die Demokratievorstellung der Jusos sein kann?
Franz Weig
Jungsozialist

ZUKUNFTSAKTIONSPROGRAMM DER JUSOS Mehr vom Leben - dank Klassenkampf

In der Juso-Broschüre „Wir - die Jugend in den 90ern“ heißt es: „Unser langfristiges Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft. (...) Wir wissen, daß wir hier und heute anfangen müssen, hier und heute die richtigen Forderungen und Ansatzpunkte entwickeln müssen. Wir brauchen ein konkretes Aktionsprogramm, aber wir brauchen auch Ziele für die Zukunft.“

Hier wird die wichtige Frage angesprochen: Wenn wir wissen, daß nur die Kapitalisten uns den Weg in eine menschenwürdige Zukunft verbauen, wie entmachten wir sie? Dazu ist es nötig, Forderungen und Programme zu entwickeln, die an unserer heutigen Situation anknüpfen, aber ganz klar auch die Schritte aufzeigen, die zu dem Ziel der sozialistischen Gesellschaft führen. Und das geht nicht, indem wir nur Reformforderungen stellen und dann hoffen, dies würde uns irgendwann zum Sozialismus führen.

Wir dürfen uns vor allen Dingen nicht täuschen lassen, daß auch „bescheidene“ Forderungen leicht durchzusetzen wären. Das haben die Genossen in den „sozialistischen“ Regierungen in Frankreich, Spanien und Griechenland erlebt. Es muß klar sein: Angesichts der drohenden Rezession werden die Kapitalisten uns freiwillig keinen Fingerbreit entgegenkommen. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir dafür mit großer Mobilisierung kämpfen. Und wenn wir das eh müssen, können wir auch gleich in die Vollen gehen.

Für eine Reihe von Bereichen werden in der Broschüre konkrete Forderungen aufgestellt.

Arbeit

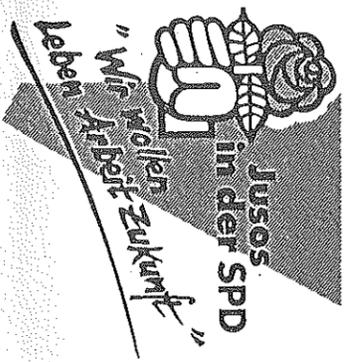
In diesem Abschnitt wird auf den großen Widerspruch hingewiesen, der in unserer Gesellschaft existiert: Auf der einen Seite großer gesellschaftlicher Bedarf und überschüssiges Kapital auf der anderen Seite Arbeitslosigkeit. Folgende Forderungen werden vorgeschlagen:

- Ein Beschäftigungs- und Investitionsprogramm des Bundes, das Geld hierfür soll kommen aus der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Kampagne für selbstverwaltete Jugendzentren Ohne Moos nix los?

Die Juso-Schülergruppe Aachen wird in einer Kampagne im Herbst ein Jugendproblem aufgreifen, das sonst meist wenig Beachtung findet: die (schlechten) Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Kernpunkt ist die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum, denn, wie in vielen anderen Städten auch, gibt es in Aachen kein Jugendzentrum, das unter Kontrolle und Verwaltung der Jugendlichen selber liegt.

Wo sollen Jugendliche auch eigentlich hin? Kneipen, Discos, Kinos oder Konzerte kosten teures Geld. Dazu kommen dann die ständig steigenden Busfahrpreise, denn in den meisten Stadtvierteln ist gar nichts los. Jugendzentren sind selten, und falls es eins gibt, ist dies meist unter kirchlicher Kontrolle und der Pfarrer empfangt einen schon am Eingang. Man fühlt sich überwachet, und Möglichkeiten, aktiv an der Gestaltung des Jugendzentrums teilzunehmen, gibt es auch kaum. Konsequenz aus den schlechten Freizeitmöglichkeiten sind häufig Kriminalität, Alkoholisimus, Drogenabhängigkeit usw. Eine fehlende Zukunftsperspektive,



Aussichten auf einen Arbeitsplatz und Umweltzerstörung kommen noch dazu.

Gebraucht werden Jugendzentren, in denen die Jugendlichen selbst zu sagen haben, wo sie kreativ sein können und wo sich auch Jugendgruppen bilden und (umsonst) treffen können, ob es jetzt Theatergruppen oder politische Gruppen sind. Wir brauchen Jugendzentren mit Billigpreisen, die Jugendlichen vielfältige Möglichkeiten bieten, selber aktiv zu sein.

Die Juso-Schülergruppe Aachen wird den Juso-Unterebezirk darauf ansprechen, diese Kampagne zu unterstützen. Den Vorschlag, dieses Thema zum Kernpunkt der Jugendaktionswoche in Aachen zu machen, hat der Juso-Unterebezirksvorstand aber jetzt schon abgelehnt. Zuerst einmal sollen die bestehenden Jugendzentren geprüft werden und für diese Selbstverwaltung gefordert werden. Auch die einzelnen Juso-AGs sollen im Kampf für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum aktiv werden. Sachsa Stantle, Aachen
Vorstandsmitglied der Juso-Schülergruppe

Forderungen der Broschüre, denn ihre Konkurrenzfähigkeit und damit ihr Überleben sind direkt davon abhängig, wie hoch ihre Profite sind.

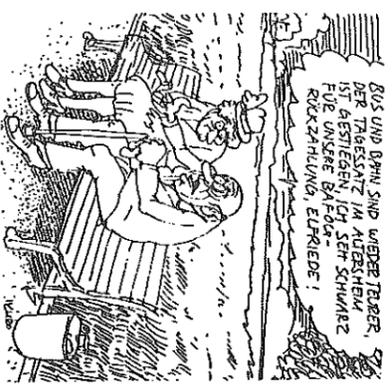
Investitionsprogramm

Zur Lösung vieler Probleme werden öffentliche Investitionsprogramme gefordert: Als arbeitsplatzschaffende Maßnahme, um die Lebensqualität von Jugendlichen zu fördern und um die soziale Lage der Frauen zu verbessern. Das Geld hierfür soll aus den obengenannten Quellen kommen. Ob die Unternehmer da wohl mitmachen, wenn ihnen die Steuervorteile gestrichen werden, Subventionen abgebaut und der Spitzensteuersatz erhöht wird? Und auch die Kürzung bei den Rüstungsausgaben wird einige von ihnen ganz empfindlich treffen. An einer Stelle der Broschüre wird das auch ganz deutlich gesehen: „...Konsequenterweise müssen wir deshalb das Ziel im Auge haben, die Macht des Kapitals zu brechen und zentrale Wirtschaftsbereiche (darunter auch die Banken) in Gemeineigentum überführen, damit in der Wirtschaft die Interessen der Menschen und nicht mehr die Profitinteressen des Kapitals vorherrschen.“ Nur: Es genügt nicht, das Ziel „im Auge zu haben“ - es muß in allen Bereichen gefordert werden und die Methode zu dessen Verwirklichung - nämlich die Mobilisierung der Massen - muß klar werden!

Aber Verstaatlichung allein reicht nicht aus. Am Beispiel „Humanisierung der Arbeitswelt“ und neue Technologien“ wird das sehr deutlich. In diesem Bereich wird gefordert: mehr Mitbestimmung. Aber um sicherzustellen, daß Arbeitsplätze und -bedingungen menschlich gestaltet werden, ist vor allem eines nötig: die Kontrolle der Produktion. Die muß in unseren Händen liegen, denn mit Sicherheit werden die Unternehmer wenig Verständnis für unsere Anliegen aufbringen können.

Sozialismus ja, aber wie?

Die wichtigste Frage, die jeder beantworten muß, der etwas verändern will, lautet: Wie gehe ich vor, um das Ziel zu erreichen? Hier setzen die Genossen, die die Broschüre geschrieben haben, ihre Hoffnungen auf die „Bewegungen“, die Friedens- und die Frauenbewegung, die Bewegung gegen die Kernkraftwerke und gegen die Volkszählung. Zwar wird als wichtigste der Bewegungen die Arbeiterbewegung gesehen, vor allem die Gewerkschaften, über Hunderttausende Mitglieder verfügen. Doch in der Broschüre wird so getan, als seien im Prinzip all diese Bewegungen gleichrangig, und die Wichtigkeit hängt allein von der Anzahl der Mitglieder



ab. Wir haben aber in jedem Bereich Probleme: Die Hauptgrund für unsere Probleme liegt im System. Das zeichnet sich dadurch aus, daß die Produktionsmittel, und damit auch die Kontrolle darüber, in der Hand weniger liegen. Die Macht dieser wenigen, der Kapitalisten, kann nur durch die Arbeiterklasse und ihre Massenorganisationen gebrochen werden, weil hier die Lohnabhängigen und ihre Interessen vereinigt werden. Das Problem all der „Ein-Punkt-Bewegungen“ ist ja gerade, daß sie über ihren eigenen Horizont nicht hinauskommen und so die Gesamtzusammenhänge des Systems verschlossen bleiben.

Und hier liegt auch die Aufgabe der politischen Partei der Arbeiterklasse, der SPD. Sie muß die Gründe für die Misere aufzeigen, all die Einzelbereiche in einem Programm zusammenfassen, ihre Battalione mobilisieren und weitere Perspektiven für den Kampf entwickeln. Da hat es in der Vergangenheit gehapert.

Viele Jusos hoffen, die „sozialen“ Ein-Punkt-Bewegungen würden von außen die SPD verändern. Das läuft so einfach aber nicht. Die Bewegungen von außen können nur Anstöße geben, die nur dann etwas ändern, wenn innerhalb der Partei eine starke Kraft existiert, die sie aufgreifen und mit der Perspektive der notwendigen sozialistischen Veränderung der Gesellschaft verbinden kann.

Genau diese Kraft zu sein wäre Aufgabe der Jungsozialisten. Wir müssen in SPD und DGB eine klare Alternativen zur gegenwärtigen Führung anbieten.



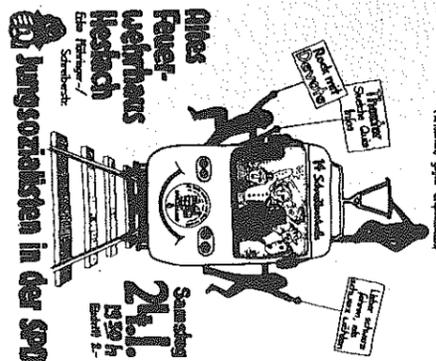
Wir brauchen einen kämpferischen Jugendverband, der Action macht!

Stuttgarter Jugendkampagne Fahrpreiserhöhungen - nicht mit uns

Die Jusos führen bundesweit eine Jugendkampagne durch, deren Höhepunkt ein Festival am 5.12.87 in Nürnberg sein soll. Wir in Stuttgart starten diese Kampagne mit einer Kreisdelegiertenversammlung, auf der ein

5. Schwarzfahrerfest

gegen Fahrpreiserhöhungen



Vertreter des Juso-Landesverbandes Baden-Württemberg diese Jugendkampagne vorstellte. Die Jusos Stuttgart beschossen in diesem Rahmen gegen die wiederholten Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr Aktionen zu machen, da vor allem Schüller, Jugendliche und Arbeitslose davon betroffen sind. Das Thema Fahrpreiserhöhungen ist bei uns schon zur Tradition geworden. Im Januar führten wir das Schwarzfahrerfest gegen Fahrpreiserhöhungen zum 5. Mal durch, bei dem 600 Besucher kamen. Jetzt wollen wir zum ersten Mal eine Demo organisieren.

gegen die Fahrpreiserhöhung zu stimmen.

Um die Aussicht auf Erfolg zu vergrößern, wandten wir uns auch an andere Organisationen und verschiedene Juso-Kreisverbände, die im Einzugsbereich des Nahverkehrsverbundes liegen. Außerdem schickten wir eine Resolution an die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Stuttgarter Straßenbahnen und an die SPD-Gemeinderäte, der Fahrpreiserhöhung nicht zuzustimmen.

Der Verkehrsverbund Stuttgart beinhaltet, den Nulltarif könnten wir uns nicht leisten. - Wir können uns die Profitteressen der Autoindustrie nicht länger leisten. Die Kosten für die Einführung des Nulltarifs haben wir eigentlich schon längst bezahlt. Die Folgekosten des Autoverkehrs, Verkehrstote und Verletzte, Umweltschäden, Gebäudeschäden usw., zahlen wir alle in Form von Steuern und Abgaben. Deshalb fordern wir die Einführung des Nulltarifs und den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel.

Stephan Kimmerle, Stuttgart
Jungsozialist

Dafür kämpft VORAN



- Arbeit für alle durch entsprechende Verkürzung der Wochenarbeitszeit.
- Übernahme aller ausgelassenen Auszubildenden in ihren erlernten Beruf! Unternehmer, die nicht ausbilden, sollen zahlen, mit dem Geld Schaffung von Lehrstellen für alle Schülertaugler!
- 1000 DM Mindestinkommen für alle Auszubildende! Wider-einführung des Schüller- und Studentenbafögs ohne Darlehensanteil und Erhöhung auf 1000 DM mindestens! 1000 DM Sold für Soldaten

- und Zivildienstleistende!
- Volle gewerkschaftliche Rechte einschließlich des Streikrechts für Auszubildende, Schüller, Studenten, Soldaten und ZDL'er!
- Selbstverwaltete Jugendzentren in allen Stadtteilen und Dörfern!
- Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr!
- Für die Gesamtschule als Regelschule! Nichtentführung bzw. Rücknahme aller schülerfremdlichen Abiturverfahren! Weg mit dem Numerus Clausus!

Vor 70 Jahren: Oktober 1917 - Arbeiter



Lenin (oben) und Trotzki (unten), die beiden wichtigsten Führer der bolschewistischen Partei. Beide hatten die Anerkennung der Massen, weil sie stets hielten, was sie versprachen und weil sich ihre Ideen als richtig erwiesen.



In der letzten Ausgabe von VORAN erschien der 1. Teil unseres Artikels über die Russische Revolution. Wir erklärten die Februarrevolution, die Konzeptionen der verschiedenen Parteien und die Auseinandersetzungen innerhalb der bolschewistischen Partei im April.

In diesem Artikel analysieren wir den Prozeß der Revolution vom Juni 1917 bis zur siegreichen Oktoberrevolution.

Die Februarrevolution war erst vier Monate alt, doch das ist eine kurze Zeit unter den Bedingungen der Revolution. Die rein bürgerliche Februarregierung war zerbrochen. In die neugebildete Regierung traten Sozialrevolutionäre und Menschewiki ein. Doch auch diese Regierung bekam schnell den Umschwung in der Stimmung der Arbeiter- und Soldatenmassen zu spüren.

Der allrussische Rätekongress erteilte gegen die Stimmen der nur ca. 15% Bolschewiki dem Sozialrevolutionär und Kriegsminister Kerenski Anfang Juni die Zustimmung zu einer Offensive an der Front. Die veränderte Stimmung hatte sich noch nicht in den Räten (Sowjets) niedergeschlagen. Mit der Offensive hoffte die Regierung, die radikalen Regimenter aus den Städten durch eine Verlegung an die Front loszuwerden.

Als die Pläne bekannt wurden, brach ein gewaltiger Proteststurm los. Streiks und Drohungen mit bewaffnetem Widerstand waren die Antwort aus den Fabriken und Kasernen. Die Bolschewiki wurden bestärkt, die Pläne der Regierung zu Fall zu bringen. Eine beabsichtigte Demonstration wurde vom Sowjetkongreß verboten. Der Stimmungsumschwung wurde jetzt erstmals deutlich: Die Massen gehorchten dem Kongreß nicht mehr. Erst der Aufruf der Bolschewiki, nicht zu demonstrieren, wurde befolgt, wenn auch nicht ohne Proteste.

Die Kongregmehrheit aus Versöhnlern, wie die Sozialrevolutionäre und Menschewiki inzwischen genannt wurden, trat die Flucht nach vorn an. Für den 18. Juni erfolgte der Aufruf zu einer Demonstration unter den verharmsenden Lösungen „Allgemeiner Friede“ oder „Demokratische Republik“. Über die Regierung oder die Offensive wurde kein Wort verloren.

Die Demonstration offenbarte, was das Petrograder Proletariat dachte: 400.000 marschierten unter roten Fahnen und bolschewistischen Parolen wie „Nieder mit den Minister-Kapitalisten“, „Nieder mit der Offensive“ und „Alle Macht den Sowjets“. Die Massen waren dem Aufruf des Konkresses gefolgt und hatten unmißverständlich ihre Meinung zum Ausdruck gebracht. Auch in anderen Städten enthielten die Demonstrationen den gewaltig angewachsenen Einfluß der Bolschewiki.

Die Offensive an der Front brach zusammen, Truppenteile meuterten Regimenter weigerten sich, auszurücken. Die Versorgungslage in den Städten verschlechterte sich weiter und die Geduld der Petrograder Soldaten und Arbeiter ging zu Ende.

Juliaufstand

In einigen Betrieben und Garnisonen wurde Anfang Juli der Aufstand gefordert. Doch keine Partei befürwortete das zu diesem Zeitpunkt. Erst sollte der Krieg gewonnen werden, riefen empört die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, dann könne man an die Lösung der anderen Nöte denken. Die Bolschewiki waren zwar für den Aufstand, hielten den Zeitpunkt aber für zu früh, denn eine noch zu große Anzahl Arbeiter und vor allem die Bauern standen noch abseits.

Im Juli fand dennoch ein Aufstand statt. Die Bolschewiki versuchten ihn zu verhindern und wollten nicht die Verantwortung für die drohende Niederlage übernehmen, doch vor allem wollten sie nicht das Vertrauen der Arbeiter und Soldaten verlieren. Weil die Massen sich nicht von den Aktionen abbringen ließen, stellten die Bolschewiki sich an die Spitze der Bewegung, um sie möglichst friedlich verlaufen zu lassen. Am 4. Juli demonstrierten hundttausende in Petrograd. Aus Kronstadt waren 10.000 bewaffnete Matrosen gekommen. Die Initiatoren wußten nicht, was sie wollten: Sturz der Regierung oder friedlicher Umzug.

Zwei Tage und zwei Nächte lang, die als „Julitage“ in die Geschichte eingegangen, strömten hundttausende in die Stadt und hielten Versammlungen ab. Die Regierung rief den Ausnahmezustand aus und forderte Truppen an. In verschiedenen Teilen der Stadt kam es zu Unruhen. Als die Menschen am Ende müde wieder abzogen, traten Truppen von der Front ein. Ein heftiger Rückschlag setzte ein. Arbeitervertreter wurden verhaftet, Waffen beschlagnahmt, ein Stadteil nach dem andern durchkammert. Die Zeitungen der Bolschewiki wurden verboten, die roten Garden, bolschewistische Milizen, entwarfen. Die Druckerrei der Prawda, für die die Arbeiter Monate lang gearbeitet hatten, wurde völlig demoliert und die Redakteure verprügelt und verhaftet.

Der Monat der Verleumdung

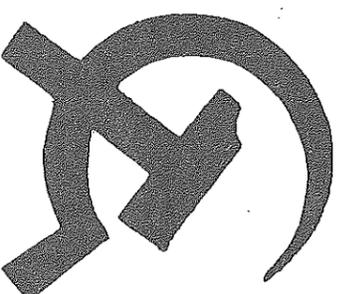
Auch die führenden Bolschewiki mußten ins Gefängnis und waren dem Haß der Konterrevolution ausgesetzt. Lenin mußte bis zum Oktober untertauchen. Es folgten Wochen der Demoralisierung und Verfolgung. Jeder, der ein Wort zugunsten der Bolschewiki sagte, wurde von der Straße weg verhaftet. Die Presse schüttete Lügen über die Bolschewiki und besonders über Lenin und Trotzki aus: „Bolschewistische Verschwörer, Lenin ein deutscher Agent, von der deutschen Regierung bezahlt“.

Die Propaganda hatte bei rückständigen Teilen der Arbeiter durchaus Erfolg. Aber eine stärkere Sprache als die Pressepropaganda sprachen die Tatsachen: Die Versöhnler hatten den Einsatz der Truppen gegen das Petrograder Proletariat gedeckt und unterstützt. Durch diese Erfahrung brachen immer mehr Arbeiter mit den Versöhnlern.

Die Bourgeoisie hatte gehofft, die Revolution mit Hilfe der gemäßigten Sozialisten zu zügeln. Mit Kerenski an der Spitze stellten diese inzwischen sogar die Regierung. Die Julitage hatten jedoch gezeigt, daß ihr Einfluß auf die Massen nicht mehr ausreichte.

Kornilow-Putsch

Jetzt sah sich die Reaktion nach einem militärischen Diktator um, der in der Lage sein würde, die Revolution zu vernichten: General Kornilow, den Kerenski zum Höchstkommandierenden ernannt hatte, sollte die Rolle des Putschisten übernehmen. Die Reaktion griff an, die bürgerliche Demokratie wich zurück. Kornilow bedrohte sowohl Regierung als auch Sowjet. Es gab nur eine Kraft, die einen Putsch nieder-



schlagen konnte: die revolutionären Arbeiter und Soldaten. Und um sie zu mobilisieren, wurden die Bolschewiki gebraucht.

Formal lag die Verteidigung in den Händen der Regierung. Ein Komitee zur Verteidigung, das auch Militärarisches Revolutionskomitee hieß, leitete die Maßnahmen. Doch die eigentlichen Organisatoren waren die Bolschewiki. Zur Verteidigung wurden Kampfmannschaften und Arbeitermilizen aufgestellt. Das Hauptquartier der Verschwörer wurde isoliert. Telegramme

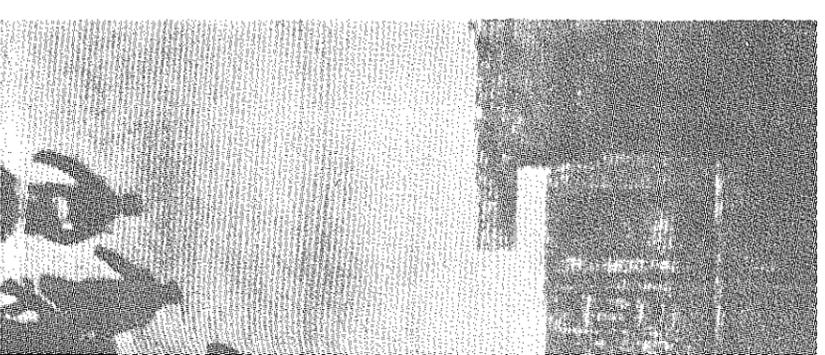
und Post abgefangen. Der Eisenbahnverband bewaffnete seine Mitglieder und ließ Schienen und Brücken beschützen. Den vorrückenden Truppen wurden Delegationen entgegen geschickt um die Lage zu erklären und um die Soldaten zu diskutieren. Am Ende brach der Putsch zusammen. Er wurde ohne Blutvergießen niedergeschlagen. Die Truppen folgten ihrem Hauptquartier nicht mehr und Kornilow floh.

Der entschlossene, von den Bolschewiki organisierte Widerstand brachte ihnen den endgültigen Durchbruch. Die Unterstützung stieg schlagartig.

Bolschewistische Mehrheit

Anfang September hatten die Bolschewiki in den Sowjets von Petrograd Moskau und anderen Industriestädten die Mehrheit. Am 23. September wählte der Petrograder Sowjet Trotzki zum Vorsitzenden.

Ebenfalls Anfang September wurde wieder eine neue Regierung unter Führung der Bolschewiki gebildet. Sie stand der vorherigen an Erfolglosigkeit in nichts nach. Die Versorgungslage verschlechterte sich laufend. Die Brottrationen in Moskau und Petrograd wurden auf ein halbes Pfund täglich gekürzt. Es kam Hungerdemonstrationen. Es schien, suchte die Regierung zusätzliche K



Petrograder Arbeiter stimmten das Winterparlament, Soldaten und armen Bauern ab. Die Eisenbahner forderten sofortige Lohnerhöhungen. Immer wieder wurden sie vertrieben. Erst ein großer Streik Ende September brachte Zusage an die revolutionären Arbeiter vertretend. In den Zeitungen war teilweise von Zusammenstößen und Meinungen zu lesen. Die bürgerliche Justiz war hoffnungslos überlastet.

Die Regierung verlor jede Autorität. Minister kamen und gingen, doch die Politik änderte sich nicht. Kerenski wurde isoliert. Er hatte den Putsch Kornilow nicht unterstützt, das hatte ihm die Bourgeoisie nicht vergesen. Aber auch die revolutionären Arbeiter vertrauten Kerenskis Regierung nicht mehr. Sie an die Macht klammernd vermaß jede Entscheidung, um keinen Widerstand zu provozieren. Wenn möglich verließ er den Regierungssitz im Winterpalais, denn dort bekam er nur seine Machtlosigkeit zu spüren.

Vorbereitung zum Aufstand

Das war die Situation Anfang Oktober. Lenin, noch untergetaucht, drängte die Bolschewiki zu Taten. „Dem wollen wir noch drei weitere Wochen Krieg und Kornilowische Vorbereitungen seitens Kerenski dulden?“ fragte er ungeduldig aus dem Untergrund. Wie im April war Lenin wieder in der Opposition in der Partei. In Briefen kritisierte er die Politik des Zentralkomitees unabhängig von links. Gegen das Zögern der Führung

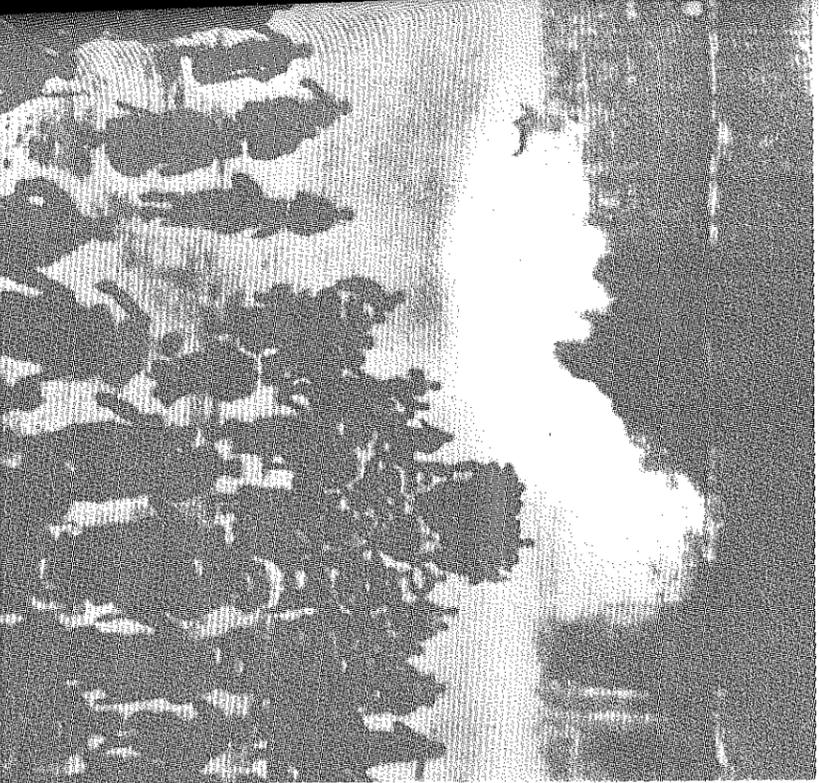
Robben die Macht!

drohte er mit dem Austritt aus dem Zentralkomitee, um die Freiheit der Agitation in den unteren Parteischichten und auf dem Parteikongreß zu haben. Tatsächlich sorgte er dafür, daß Briefe, die zum Aufstand drängten, auch an untere Parteigruppen gelangen. Das ZK geriet unter Druck.

Am 10. Oktober fand in Petrograd die entscheidende Sitzung des Zentralkomitees statt. Lenin nahm verkleidet daran teil. Bei zwei Gegenstimmen (Kamenew und Sinowjew) wurde Lenins Kurs zum Aufstand angenommen. Alle Parteiorganisationen wurden aufgefordert, sich danach zu richten und alle Fragen von diesem Gesichtspunkt aus zu erörtern.

Oktoberrevolution

Währenddessen arbeitete die Zeit weiter für die Revolution. Unruhen und Unzufriedenheit nahmen zu. Arbeiter und Soldaten zweifelten nicht daran, daß die Regierung sich bewußt darauf vorbereitete, Petrograd den deutschen Truppen auszuliefern. Kerenski wollte die Petrograder Truppen, die dem Befehl der Sowjets folgten, verlegen. Doch der Sowjet und die Bolschewiki stellten sich dagegen. Das Militärische Revolutionskomitee mit Trotzki als Vorsitzenden leitete die Aktionen. Am 16. Okto-



Petrograd. Die bürgerliche Regierung wird - nach eilichen Bertreibungen anhaftet.

ber erklärten die Regimenter, Kerenskis Befehlen nicht mehr zu folgen und nur noch dem Militärischen Revolutionskomitee zu gehorchen.

Alle Bedingungen für den Aufstand schienen erfüllt - nur ein Anlaß zum Losschlagen fehlte noch. Den lieferte Kerenski am 23. Oktober, als er sich durchgerungen hatte, eine Offensive gegen die Bolschewiki zu starten. Er verbot einige Zeitungen und ließ Redaktionstamme verriegeln. Sofort wurden Arbeitermilizen zum Schutz der bolschewistischen Zeitungen geschickt. Der Befehl wurde sofort ausgeführt. Alles war vorbereitet, um einem Angriff der Konterrevolution zuvorzukommen.

Der Sowjet ist in Gefahr" war die Parole zur Übernahme der Macht. In der Nacht besetzten Rote Garden und reguläre Regimenter das Taurische Palais, Postämter und Bahnhöfe, Telefonzentralen und andere strategische Nationalbank und andere strategische Punkte. Kerenski floh, seine Minister wurden verhaftet. Die angeblich so hübsche" Oktoberrevolution kostete zum Menschenleben. Das Militärische Revolutionskomitee des Petrograder Sowjets berichtete dem All-Russischen Rätekongreß bei seiner Eröffnung, daß Kerenski gestürzt war. Die Sowjets unterstützen in einer Abstimmung diese Aktion mit überwältigender Mehrheit

und übernahmen die Macht, mit den Bolschewiki an der Spitze.

Als die Nachricht des Petrograder Aufstands bekannt wurde, erhoben sich die Arbeiter in ganz Rußland. In Moskau, wo die Reaktion besonders gut organisiert war, zog sich der Kampf um die Macht mehr als eine Woche hin. Anderswo war die Aufgabe einfacher.

Die erste Handlung der neuen Regierung war die Nationalisierung des Landes, die Zerschlagung des Großgrundbesitzes und die Auforderung an die örtlichen Bauernräte, das Land an die arbeitenden Bauern zu verteilen. Dadurch sicherte sich die neue Sowjetregierung die Unterstützung der Bauernschaft. Fast gleichzeitig eröffnete die Sowjetregierung Friedensverhandlungen mit dem deutschen Imperialismus, um den Krieg zu beenden. In wenigen Tagen vollbrachte sie für die Arbeiter und Bauern mehr, als alle provisorische Regierungen zusammen in acht Monaten.

Arbeiterdemokratie

Zum ersten Mal in der Geschichte hatte die Arbeiterklasse bewußt die Macht ergriffen. Es war nicht länger eine theoretische Frage, sondern lebendige Wirklichkeit. Die Gesellschaft sollte von jetzt an von den Massen

gesteuert nehmen sie das russische Beispiel auf und viele Länder Europas wurden mitgerissen. Aber außer in Rußland fehlte überall ein entscheidender Faktor für eine siegreiche Revolution: eine entschlossene Führung, die auf ihre Aufgaben vorbereitet ist. Die Führer der Sozialdemokratie im Westen kämpften zusammen mit den Vertretern der alten Gesellschaft gegen die Revolution. Die Kommunistischen Parteien, auf dem Höhepunkt der Kämpfe aus den alten sozialdemokratischen Parteien entstanden, waren noch zu unerfahren, um die Revolution erfolgreich zu Ende zu führen.

Die revolutionäre Nachkriegswelle in Europa erdete in einer Niederlage. Die Arbeiterklasse hat dafür teuer bezahlen müssen. Auf Revolutionen folgten grausame Konterrevolutionen. In Deutschland und anderen europäischen Staaten kamen schließlich die Faschisten an die Macht. Faschismus und 2. Weltkrieg waren die größten Niederlagen, die die Arbeiterklasse einstecken mußte.

Isolierte Revolution

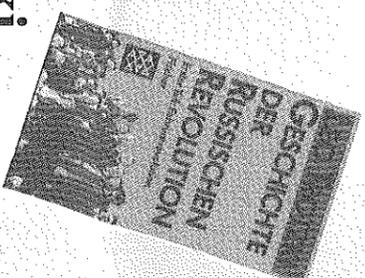
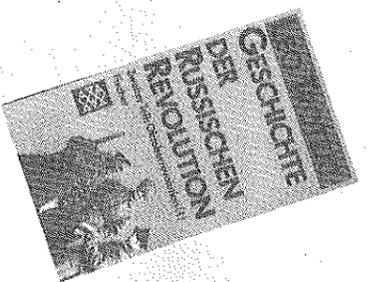
Wegen des Ausbleibens der sozialistischen Revolution im Westen blieb die russische Revolution isoliert. Dem revolutionären Oktober waren 3 Jahre Bürgerkrieg gefolgt. 21 imperialistische Armeen marschierten in das Land ein. Armut und Elend stiegen ins Unermessliche. Sogar Kannibalismus trat wieder auf. Die besten Arbeiterkämpfer waren an der Front gefallen. Beim Aufbau des Staatsapparats mußte auf alle zaristische Beamte zurückgegriffen werden. Und sie wußten um ihre Macht und spielten sie aus.

Der desolatte Zustand der Wirtschaft und die drohende Konterrevolution zwangen den Bolschewiki Maßnahmen auf, die sie selbst bedauerten, zu denen es aber keine Alternative gab: Verbot der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, Fraktionsverbot innerhalb der bolschewistischen Partei, Wiedereinführung der Marktwirtschaft im Agrarbereich. Lenin und Trotzki betonten, daß es sich dabei um kurzfristige Maßnahmen handelte, um die Revolution zu retten, bis die entwickelten Länder zu

Hilfe kommen. Doch die Hilfe blieb aus. Und mit jedem Rückschlag eroberte sich die Bürokratie ein Stück Macht. Unter den Bedingungen einer tüpfig wuchernden Bürokratisierung, die seit 1922 rasend schnell um sich griff, entwickelte sich Stalin zum Sprachrohr der Bürokratie.

Stalin machte aus der Not eine Tugend. Kurzerhand wurde im Gegensatz zu allen bisherigen Grundsätzen behauptet, es wäre möglich, den „Sozialismus in einem Lande“ aufzubauen. Die Zwangsmaßnahmen wurden festgeschrieben und als Errungenschaften der sozialistischen Demokratie gefeiert. Die Sowjets wurden Schritt für Schritt entmachtet. Die Masse der Arbeiterklasse wurde ausgeschaltet von der Kontrolle und Verwaltung des Staates und der Gesellschaft. Die ursprünglichen demokratischen und internationalistischen Prinzipien wurden beseitigt. Die Partei wurde von Lenins Kampfgefahrten und jeglicher Opposition „gesäubert“. Millionen wurden in Arbeitslager verbannt und umgebracht. Die realität gesunde Arbeiterdemokratie der ersten Jahre nach der Revolution wurde unter der Führung von Stalin beseitigt und durch eine totalitäre Diktatur ersetzt.

Das Staats Eigentum an Produktions-



Leo Trotzki Geschichte der russischen Revolution

3 Bände zusammen für 38,40 DM. Zu beziehen über die Redaktion

Rosa Luxemburg und die Russische Revolution

Nach Rosa Luxemburgs Ermordung haben manche Linke, die sich für besonders demokratische Sozialisten hielten und halten, einen „Genesismus" und „Luxemburgismus". Lenin, Trotzki und anderen bolschewistischen Führern wird dabei unterstellt, sie hätten eine totalitäre Diktatur errichtet und damit das Stalin-Regime vorbereitet. Von Rosa Luxemburg wird behauptet, sie hätte sich von der Russischen Revolution und den Bolschewiki distanziert und dem Rußland nach 1917 ein Modell des freibühelichen Sozialismus gegenübergestellt. „Freiheit ist immer nur Freiheit des Andersdenkenden", dieser Satz von Rosa Luxemburg wird aus dem Zusammenhang gerissen und immer wieder als angeblicher Beweis zitiert für die Unvereinbarkeit ihrer Position und der der Bolschewiki. Dieser Satz stammt aus einem unvollendeten Manuskript, das Rosa Luxemburg 1918 im Gefängnis geschrieben hat.

In Unkenntnis der genauen objektiven Lage beurteilt Rosa Luxemburg einige Maßnahmen der Bolschewiki als subjektive Fehler, als Abtrünnigen von den Prinzipien des revolutionären Marxismus. Nachdem sie einen genaueren Überblick über die Lage in der Sowjetunion hatte, nahm sie Abstand von einer Veröffentlichung der Manuskripte als Broschüre.

Ihre politische Entwicklung während der November-Revolution bis zu ihrer Ermordung brachte sie immer näher an die Position der Bolschewiki und ihre Konzeption hinsichtlich Bewußter Führung und

mitteln und die geplante Wirtschaft wurde beibehalten. Die Planwirtschaft war der kapitalistischen Wirtschaft so weit überlegen, daß trotz des ganzen Terrors unter Stalin und trotz Fehlplanungen und Mißwirtschaft ein enormer Fortschritt zustande kam. Die Sowjetunion entwickelte sich vom „Indien Europas" 1917 zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht auf der Welt. Allein die enorme Erhöhung des Lebensstandards und des kulturellen Niveaus rechtfertigt die Russische Revolution. In der Sowjetunion herrscht heute aber kein Sozialismus. Erste Voraussetzung dafür ist eine politische Revolution, die die privilegierte Bürokratie entmachtet und eine Arbeiterdemokratie nach Lenins Prinzipien errichtet:

- Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionen
- Kein Funktionär darf mehr verdienen als ein Facharbeiter
- Kein stehendes Heer, sondern ein bewaffnetes Volk
- Rotierende Besetzung von Ämtern: Wenn jeder Bürokrat ist, ist niemand Bürokrat.

Das Gorbatschow-Regime heute ist, entgegen seiner Behauptung, millionenweit entfernt von diesen Prinzipien. Es gab mehr Demokratie im schwarzen russischen Arbeiterstaat des Oktober 1917, während des Bürgerkriegs und der Invasion von 21 imperialistischen Armeen als heute in der hochentwickelten Sowjetunion. Die Bürokratie wird zur Fessel für die Weiterentwicklung der Gesellschaft. Doch die Arbeiterklasse wird für die politische Revolution kämpfen und zu den großen Traditionen des Oktobers 1917 zurückkehren.

Hans Blunck, Stuttgart
Jungsozialist

dikalen Flügelis der russischen Arbeiterbewegung, der Bolschewiki, gewesen, und alle Unbillen, die der Revolution in ihrem weiteren Verlauf zugestoßen sind, alle Wirren, denen sie zum Opfer gefallen, stellen sich eben als ein einfaches Ergebnis dieses verhängnisvollen Fehlers dar. (...)

Was eine Partei in geschichtlicher Stunde an Mut, Tatkraft, revolutionären Weiltick und Konsequenz aufzubringen vermag, das haben die Lenin, Trotzki und Genossen vollaufgeleistet. Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebracht, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus. (...)

In diesem Sinne bleibt ihnen das unsterbliche geschichtliche Verdienst, mit der Eroberung der politischen Gewalt und der praktischen Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der ganzen Welt mächtig voranzutreiben zu haben. In Rußland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Rußland gelöst werden, es kann nur international gelöst werden. Und in diesem Sinne gehört die Zukunft überall dem „Bolschewismus".

Auszüge aus: Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution - In: Gesamte Werke, Band 4, Ost-Berlin 1974, S. 332-365.

Golkrieg USA PAUS AUS DEM GOLF! Für eine sozialistische Föderation im Nahen Osten!

Schon seit sieben Jahren dauert der blutige Krieg zwischen Iran und Irak an. Jetzt droht mit dem verstärkten Eingreifen der USA im Persischen Golf eine weitere Eskalation des Konfliktes.

In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg nahm der Einfluß des US-Imperialismus im Nahen Osten auf Kosten Großbritannien massiv zu. In der Rolle des Weltpolizisten stützten sich die USA vor allem auf Israel und auf die Shah-Diktatur im Iran, um die Kontrolle über die Region zu behalten. Damit wurden zum einen gegen die UdSSR gerichtete strategische Interessen verfolgt und zum anderen fast ungehindert die Rohstoffquellen ausgebaut. In der gesamten Ölindustrie dominierten US-Firmen.

Sturz der Shah-Diktatur

Eine revolutionäre Massenbewegung, unter entscheidender Beteiligung der Arbeiter aus den Ölförderungsgebieten, stürzte im Frühjahr 1979 die verhaßte Shah-Diktatur im Iran. Die fünfstärkste Armee der Welt, die der Shah mit Hilfe der USA aufgebaut hatte, brach unter dem Ansturm der Massen zusammen. Weil eine marxistische Führung der Arbeiterklasse fehlte, blieb die Revolution un-

vollendet. Die Stalinisten spielten eine verätherische Rolle, indem sie eine sozialistische Revolution verhinderten. Dadurch hatten sie schon früher das reaktionäre Regime der Baath-Partei im Irak an die Macht gelassen. Im Iran unterstützte die stalinistische Tudeh-Partei die islamischen Fundamentalisten unter Führung Khomeinis, die - einmal an der Macht - alles taten, um gestützt auf die Kleinbourgeoisie und politischen rückständige Teile der Bevölkerung den Kapitalismus im Iran aufrechtzuerhalten. Um die Arbeiter und Bauern zu betrügen, bediente sich Khomeini massiver antiamerikanischer Propaganda.

Die wachsende Unruhe dehnte sich in der ganzen Region aus: Die UdSSR marschierte in Afghanistan ein, um ihr dortiges Marionetten-Regime zu stützen.

Irak beginnt den Krieg

Der Irak unter der Diktatur Saddams Husseins wollte die Gunst der Stunde nutzen und die Ölfelder im Sü-

den Irans besetzen. Wohlwollendes Zuschauen des US-Imperialismus begünstigte den irakischen Angriff. Auch die russische Bürokratie unterstützte den Irak. Beide Supermächte fürchteten den Zusammenbruch des bestehenden Zustandes und die Entwicklung weiterer revolutionärer Bewegungen in einer Region. Hussein erhoffte einen raschen Sieg, doch er unterschätzte die Dynamik einer Revolution. Die iranischen Massen sahen im irakischen Angriff eine Bedrohung ihrer Revolution. Das Khomeini-Regime, das unter dem Deckmantel einer „Islamischen Revolution“ in Wirklichkeit blutige Reaktionen betreibt, wurde sogar noch gestärkt, da es unter Hinweis auf den äußeren Feind von inneren Problemen ablenken konnte.

Nach anfänglichen militärischen Erfolgen, aufgrund erheblich besserer technischer Ausrüstung und einer starken Luftwaffe, befindet sich der Irak jetzt in der schwächeren Position. Im Vergleich zum Irak verfügt der Iran über eine dreimal so starke Bevölkerung und Wirtschaft. Die reaktionären arabischen Regimes und der Imperialismus verstärkten ihre Unterstützung für den Irak. Rüstungsfirmen aus der ganzen Welt erzielten Riesenerlöse aus dem Waffenverkauf an beiden Seiten. Doch der Hauptgrund für die Weiterführung des Golfkrieges ist die Veranschaulichung des Gleichgewichts beizubehalten. Die politische Stabilität der ganzen Region wäre durch den Sieg einer Seite bedroht. Das Ende des Krieges, Sieg oder Niederlage egal welcher Seite, wären für die Massen das Signal, sich für die Entbehrungen der letzten Jahren zu rächen. Neue Revolutionen stünden bevor.

Im Irak befinden sich 20% der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung im Kriegesinsatz. Die Auslandsverschuldung stieg auf 50 Mrd. Dollar an. Trotz der Steigerung der Erdölexporte mußten 1986 die Wareneinfuhren um 60% gekürzt werden. Und im Iran lebt die Bevölkerung jetzt sogar unter schlimmeren Bedingungen als unter der Shah-Diktatur. Es gibt 50% Inflation und offiziell 26% Arbeitslosigkeit.

Der Krieg kostete inzwischen mehr als eine Million Menschenleben. Im Golf wurden seit 1981 300 Schiffe angegriffen, davon ein Drittel zerstört.

Bergarbeiterstreik in Südafrika Hätten die Arbeiter gewinnen können?

Nach 20 Tagen ging die mit 340.000 beteiligten Arbeitern größte Streikbewegung in der Geschichte Südafrikas zuende.

Nur wenige Tage nachdem Massenversammlungen einstimmig ein Angebot der Chamber of Mines (dem Arbeitgeberverband der Bergbauindustrie) als völlig unannehmlich und zurückgewiesen hatte, gab die Gewerkschaft nach und akzeptierte das unveränderte Angebot. War es wirklich nötig, den Streik abzubrechen? Hier einige Antworten auf Fragen in diesem Zusammenhang.

1. War der Streik isoliert?

Alle Klassen der südafrikanischen Gesellschaft betrachteten diesen Streik als politisch - bis auf die Führung der Bergarbeitergewerkschaft NUM. Für die kämpfenden Arbeiter in anderen Bereichen (Metall, Chemie, Transport, Nahrungsmittel, Post, Öffentlicher Dienst und Landwirtschaft) und für die Jugendlichen war er eine große Ermütigung. All diese Kräfte hätten noch als Unterstützung mobilisiert werden können mit dem Ziel eines landesweiten Generalstreiks.

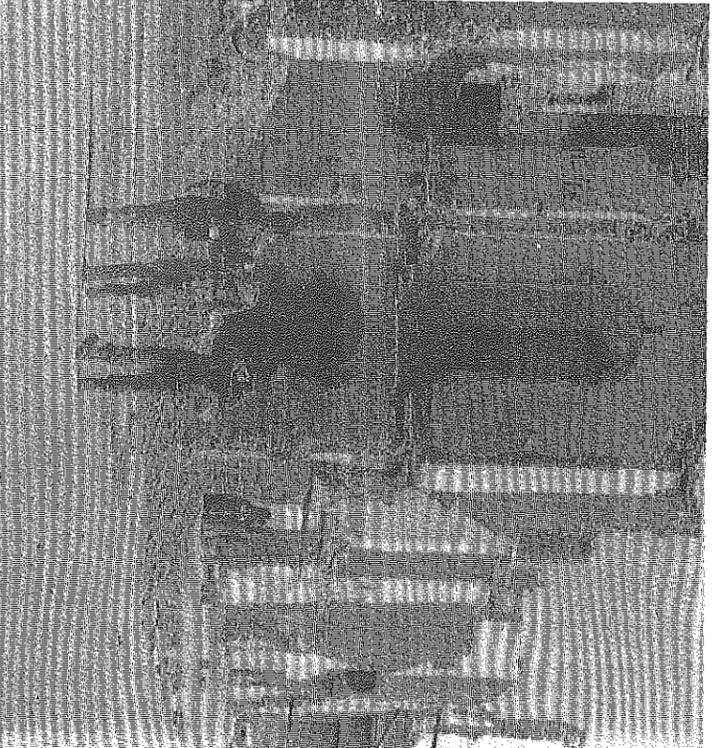
Jetzt, nach Abbruch des Bergarbeiterstreiks, kämpfen die einzelnen Bereiche isoliert weiter, wie z.B. die Arbeiter der Mercedes-Niederlassung

200 Handlisseleute kamen ums Leben.

Pulverfaß Golf

Alle diplomatischen Versuche, den Krieg zu beenden, sind fehlgeschlagen. Feindliche UN-Resolutionen bleiben ein Fetzen Papier. Auch die kürzlich enthaltenen amerikanischen Versuche, Kontakte zu „gemäßigten“ Teilen der iranischen Führung aufzubauen, um verloren gegangenen Einfluß zurückzugewinnen, führten nur zu einem politischen Riesenskandal („Iran-gate“).

Wegen seiner geschwächten Position möchte der Irak eine „Internationaleisierung“ des Konflikts. Angeblich um die Schifffahrt im Golf zu sichern, verstärkten die USA ihre militärische Präsenz und ließen kuwaitische Ölanker mit dem Sternbanner ausflaggen. Der ganze Golf ist im Moment ein Pulverfaß. Ein US-Angriff auf Iran nach dem Muster des Überfalls auf Libyen im letzten Jahr ist nicht ausgeschlossen. Eins ist jedenfalls sicher:



Irak am Ende seiner wirtschaftlichen Kraft: die zerstörte Stadt Basra.

Bergarbeiterstreik in Südafrika Hätten die Arbeiter gewinnen können?

oder bei Colgate-Palmolive.
2. Es gab kein Streikgeld. Wie hätten die Streikenden noch länger überleben können?

Die Unterstützung der Bevölkerung war enorm. Hunderttausende waren bereit, für Nahrung und, falls nötig, für Unterbringung der Streikenden zu sorgen.

3. Die Streikenden hätten alle entlassen und durch Arbeitslose aus ländlichen Gebieten ersetzt werden können. Das war wirklich eine Gefahr: 44.000 Arbeiter waren im Laufe der drei Streik-Wochen entlassen worden. Hier erwies sich der Aufruf der NUM-Führung, die Streikenden sollen in ihre Heimatgebiete zurückkehren, als Fehler. Er ermöglichte, daß Streikbrecher ohne wirksamen Widerstand in die Minen gebracht werden konnten. Arbeitern, die in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren, wurde die Arbeitsverlängerung gestrichen, sodaß sie jetzt große Probleme haben, an die Arbeit zurückzukehren.

Allgemeine Mobilisierung

Natürlich kann nicht jeder Streik direkt zum großen Sieg führen. Aber die wichtigste Aufgabe wäre es gewesen, die großen Anstrengungen der Bergarbeiter zu nutzen, um in dem Kampf um die Macht einen Fortschritt zu erringen. Selbst wenn nur

Die Instabilität der Region hat ihre Ursache in der völligen Unmöglichkeit, auf kapitalistischer Grundlage Fortschritt zu erzielen. Die einzige Lösung liegt im gemeinsamen Kampf der Arbeiter über die Grenzen hinweg, d.h. Sturz der reaktionären arabischen Regimes, Sturz von Hussein im Irak Sturz von Khomeini im Iran. Die Arbeiterklasse muß den Übergang zum Sozialismus erkämpfen und eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens durchsetzen.

Leo Schiffer, Köln
Jungsozialist

Auszug aus einem Brief von einem iranischen Sozialisten:
"Der Iran-Irak-Krieg ist vor sieben Jahren vom Irak angefangen worden, weil Saddam Hussein darauf spekulierte, einige iranische Ölfelder übernehmen zu können."

Im Grunde genommen dient dieser Krieg jedoch den Supermächten, denn es ist in ihrem Interesse, daß die Ölpreise so niedrig wie möglich gehalten werden. Und die Ölpreise sind seit Kriegsbeginn gefallen, da Irak, Iran und die Golfstaaten gezwungen sind, ihr Öl zu verkaufen (auch für Niedrigpreise), um ihre Armeen nachrüsten zu können. Der Krieg muß also im Interesse aller Beteiligten, auch der Waffenlieferanten, weitergehen."

Ghaos auf den Philippinen

Nach dem 5. Putschversuch in der anderthalbjährigen Amtszeit der Aquino-Regierung am 28. August ist die Lage unsicherer denn je.

Innerhalb der Armee ist die Unzufriedenheit mit der zögernden Haltung der Präsidentin gegenüber den „kommunistischen“ NPA-Rebellen sehr groß und wächst immer weiter. Die Gefahr weiterer, noch blutigerer Putschversuche besteht täglich. Aquino versucht, zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften zu balancieren, aber es gelingt ihr nicht. Kann es auch nicht, denn Zugeständnisse an alle Klassen auf der Grundlage einer maroden kapitalistischen Wirtschaft, durchgesetzt mit Korruption und weitgehend in der Hand amerikanischen Kapitals, sind nicht möglich.

Die Ursachen der ständigen Unruhen auf den Philippinen liegt in der Unfähigkeit der Regierung, die soziale Not der armen Mehrheit der Bevölkerung aufzuheben. Unmittelbar vor dem Putschversuch fand ein Generalsestreik in Manila statt, zu dem überwiegend die Gewerkschaften aufgerufen hatten. Mit 2 Millionen Teilnehmern war dies die größte Demonstration seit dem Sturz des Marcos-Regimes. Einige Tage davor hatte Cory Aquino drastische Preiserhöhungen für Getreide, Benzin und Strom angekündigt. Durch den Massenprotest war sie jedoch gezwungen, sie um die Hälfte wieder zu reduzieren.

Schließlich wurde Marcos gestürzt



Auch katholische Nonnen beteiligten sich an den Protesten gegen die Preiserhöhungen.

Offen diskutieren!

Die Unternehmer im Lande fühlen sich gestärkt. Aber wenn die NUM-Führung ihre Strategie offen diskutiert und korrigiert, kann der Schaden begrenzt werden, die Moral gestärkt werden und man kann beginnen, zukünftige Aktionen vorzubereiten.

Die Unternehmer und der Staat liegen völlig falsch, wenn sie annehmen, die Gewerkschaften könnten gezähmt werden. Diese Organisationen sind im Kampf geschaffen worden, und die südafrikanische Arbeiterklasse wird sich nie mit Apartheid und Kapitalismus abfinden.

Stuart Garvie, Köln Jungsozialist

Kapitalismus und Gewerkschaften

Sozialpartnerschaft am Ende

Konservative und Liberale bezeichnen die Gewerkschaft gerne als „historisch überlebte Organisationen“, als „Dinosaurier des Industriezeitalters“, der langsam sterben würde. Theoretischer Hintergrund: Die Klassengesellschaft gäbe es nicht mehr. Wir alle, der Unternehmer und wir „Mitarbeiter“, die ihm beim unternehmen helfen, säßen in einem Boot.

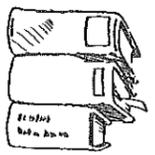
In diesem Zusammenhang wird das Wort „Solidarität“ mißbraucht. Es sei an der Zeit, daß sich Arbeiter mit Arbeitslosen solidarisieren, z.B. in Form von Lohnmüllrunden – Solidarität, die den Kapitalisten nichts kostet.

Unser Dinosaurier stirbt jedoch seltsam. Statt kleiner wird er größer. Seit dem zweiten Weltkrieg nahmen die Mitgliederzahlen des DGB fast ständig zu: Waren es 1950 noch 5,5 Mio. und 1970 6,7 Mio., so sind es dieses Jahr rund 7,8 Mio. Mitglieder, die in den Einzelgewerkschaften des DGB organisiert sind. Kaum ein Kollege hat sich wegen der „Neuen Heimat“ gewerkschaftlich eine neue Heimat gesucht.

Auch führten die Beschränkungen durch die Änderung des §116 AfG nicht zu einer Demoralisierung bei den Arbeitern, im Gegenteil: Die Aufrechterhaltung der letzten Tarifrunde wurden mit großer Beteiligung, mit einer „jetzt-erst-recht“-Stimmung befolgt. Insgesamt befindet sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung in der Offensive – während die Gewerkschaften anderer europäischer Länder zunehmend in Defensivkämpfe gedrängt werden.

Bei uns kommen in den letzten Jahren noch Reformen erkämpft werden. So fand der siebenwöchige Metallstreik 1984 für die 35-Stunden-Woche im Ausland viel Beachtung. Die Stimmung bei vielen Arbeiteraktivisten in anderen Ländern war: Endlich haben auch die deutschen Gewerkschaften wieder die Bühne des Klassenkampfes betreten. Ein Beispiel für die Stärke der Gewerkschaften, in diesem Fall der 2,6 Mio. starken IG Metall, ist auch in der Tarifrunde 1987 zu sehen. Sogar ohne Streik konnte den Kapitalisten die 37-Stunden-Woche abge- trotz werden.

Angestellte
Es ist eine Legende, daß die Gewerkschaften keine Zukunft hätten, da die klassischen Arbeiter, die harte körperliche Arbeiten verrichten, weniger werden und die Banker und Angestellten im Dienstleistungsbereich immer mehr werden. Deren DGB-Gewerkschaft Handel, Banken und Verkehr (HBV) konnte aber den größten Zuwachs verzeichnen. Mitgliederentwicklung HBV: 1965: 130.000,



Buchbesprechung



Unternehmer torpedieren Betriebsratswahlen

Rheinisches Journalistenbüro: Unternehmerrhetoren gegen Betriebsratswahlen. Rowohlt tb-Verlag Reinbek 1987, Pororo aktuell 5915, 272 S., 12,80
In §20 des Betriebsverfassungsgesetzes heißt es: „Niemand darf die Wahl des Betriebsrates behindern, insbesondere darf kein Arbeitnehmer in der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts beschränkt werden...“
Niemand darf die Wahl des BR durch Zutüftung oder Androhung von Nachteilen oder durch Gewährung oder Versprechen von Vorteilen beeinflussen.“ Verstoße dagegen können nach §119 BVG „mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe“ geahndet werden. Wie schön, könnten wir Arbeiter da denken, dann stellt den Betriebsratswahlen ja nichts mehr im Wege...
Daß die Wirklichkeit anders aussieht, zeigt das Rheinische Journalistenbüro in einer Reihe von Betriebsratswahlen: Unternehmer aus allen Wirtschaftszweigen und allen Betriebsgrößen schrecken wirklich vor keinem Mittel zurück um BR-Wahlen

zu verhindern. Die Wahl der BR wird durch Zutüftung oder Androhung von Nachteilen oder durch Gewährung oder Versprechen von Vorteilen beeinflussen.“ Verstoße dagegen können nach §119 BVG „mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe“ geahndet werden. Wie schön, könnten wir Arbeiter da denken, dann stellt den Betriebsratswahlen ja nichts mehr im Wege...
Daß die Wirklichkeit anders aussieht, zeigt das Rheinische Journalistenbüro in einer Reihe von Betriebsratswahlen: Unternehmer aus allen Wirtschaftszweigen und allen Betriebsgrößen schrecken wirklich vor keinem Mittel zurück um BR-Wahlen

1975:260.000 und 1986: 380.000. Ein Mitgliederzuwachs von fast 200%! Der Anteil der Angestellten im DGB hat sich seit 1950 auf nur 45% verdropelt.

Diese Zahlen spiegeln sich auch in der Praxis wieder. In rund 40 Warnstreiks der letzten HBV-Tarifrunde waren besonders EDV-Kräfte von denen sich die Kapitalisten eigentlich eine Schwächung der Gewerkschaften erhofften, an vorderster Front. Der Kolumnenschreiber des „Handelsblatt“ bekam wohl eine Gänsehaut, als er warnte, „...daß eine kleine Schar zum Arbeitskampf entschlossener Spezialisten tatsächlich den Bösenbetrieb empfindlich stören könnte.“ Hoffnungsvoll fragte er zum Schluß, „...ob die Streikbewirtschaftung wirklich so groß ist, wie die HBV es gerne darstellt.“ Die „kleine Schar“ sprach sich Mitte Mai bei den Urabstimmungen mit sensationaler Mehrheit für einen Streik aus. Am Ende wurde unter anderem der Samstag als Arbeitstag abgelehnt. Die HBV verzeichnete einen Schub von Neubestritten.

Gewerkschaft in den 70ern

In den 70er Jahren stellte sich für die meisten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Frage: Wie dem Druck der eigenen Basis entgegen, ohne der bürgerlichen Presse spiegeln sich dieser Konflikt ebenfalls wieder: „... ihre Integration (Integration) in die Gewerkschaft, die (Red) in diesen Staat und seine Wirtschaft bindet ihr manches Identitätsproblem auf.“ (FAZ, 18.4.78)

Das gilt auch noch heute. Die Ergebnisse der Kämpfe 1984 und 1987 um die 35-Stunden-Woche blieben hinter den Möglichkeiten zurück. Zwar traten die Gewerkschaftssekretäre in den Betrieben vorwärtig auf, aber unter dem Strich blieb 1984 nach 7 Wochen Streik, auf dem Höhepunkt der Bewegung der „Leber-Kompromiß“: 38,5-Stunden-Woche im Durchschnitt für jeden Metallbetrieb, Lehrlinge nicht eingeschlossen. 1987 die

37-Stunden-Woche in Stufen mit drei Jahren Laufzeit, 1989 nur 2% mehr Lohn. Was wäre bei einer konsequenten Mobilisierung zum Vollstreik möglich gewesen?
Auch in der Auseinandersetzung um den §116 verzichtete die DGB-Führung auf eine volle Mobilisierung. Am Schluß hoffte DGB-Vorsitzender Breit sogar darauf, daß Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Gesetzesänderung nicht unterschreiben würde. Da stehen der Gewerkschaften wirklich wirksamere Kampfmittel zur Verfügung.

Kämpfe heute und morgen

Doch die Auseinandersetzungen sind härter geworden, neben den Tarifauseinandersetzungen sind besonders Kämpfe gegen Arbeitsplatzabbau in den Mittelpunkt gerückt. Besonders betroffen sind Stahlindustrie, Bergbau und Werften. Im deutschen Schiffbau



Sie wissen: Nur Arbeitszeitverkürzung kann ihnen eine berufliche Zukunft garantieren.

halbierte sich die Zahl der Beschäftigten in den letzten zehn Jahren auf nunmehr 40.000, 43 von 47 Werften müssen ohne ein Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung dicht machen.

Thyssen plant 6000 Arbeiter in Hartingen und Oberhausen „freizusetzen“. Die Proteste in Hartingen hatten zuweilen Generalstreikcharakter. Selbst Lebensmittelhändler, Einzelhändler solidarisierten sich mit den Stahlarbeitern.

Dies alles dürfte nur ein Vorgeschmack auf die Angriffe und Auseinandersetzungen in der kommenden Wirtschaftskrise sein. Dann nämlich werden die Kämpfe einen überregionalen Charakter bekommen, viele Schon jetzt rumort es im DGB. Bei

Bundespost! Lebensqualität für viele oder Profite für wenige?

Der internationale Kapitalismus befindet sich in einer Sackgasse (trotz Aufschwung: Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau usw.).
Ein Ausweg aus dieser Sackgasse wird gesucht in der Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungsbe- reiche und Kürzungen im öffentlichen Dienst.

In einigen Ländern, z.B. in Japan und Großbritannien, sind Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen durchgeführt worden (natürlich die, die auch Gewinne bringen). Ergebnis ist: Personalabbau, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Verteuerung der Telekommunikation für Privatkunden...
In der BRD ist die Diskussion um die Privatisierung nicht neu. Seit Amtsantritt der konservativ-liberalen Bundesregierung 1983 wurde der Abbau der „Staatsquote“ langsam und schleichtend bei der Deutschen Bundespost (DBP) betrieben. Den Reinigungsdienst haben weitgehend Privatfirmen übernommen, ebenso die Wartung und Reparatur der Postautos.

Nun wollen Regierung und große Konzerne die Zerschlagung der bisherigen Strukturen des Post- und Fernmeldewesens. Sie reden von mehr Wettbewerb, mehr Freiheit, besseren Angeboten; sie sagen, die DBP sei rückständig, aber sie meinen Rosinenpückerei: Sie wollen die Bereiche privatisieren, die Profit machen. Die DBP soll getrennt werden in einen Post- und einen Fernmeldereich.
Die Quersubventionen vom Fernmelde- zum Postbereich sollen innerhalb von fünf Jahren abgebaut werden, d.h. daß die Briefe wesentlich teurer werden (ca. 2,50 DM). Aber auch andere Gebühren würden drastisch erhöht werden, denn der Postbereich wird dann finanziell ausbluten. Die Zeele werden die Beschäftigten wie auch der kleine Kunde zahlen. Der

den Betriebsratswahlen 1987 geringe Überraschungen. Gewerkschaftliche Oppositionlisten haben sich stabilisiert und konnten zum noch hinzugewinnen. Bei Dair Benz in Stuttgart-Unterürk konnte die „Plakargruppe“ bei der Stimmmanell von 23,4% alle 7 tribratsratze halten. Bei BMW wurden 2 Listen von der IG Metall anerkannt, die linke erhielt 43%
Auf dem IGM-Kongreß im Cber 1986 in Hensberg wurde die 1risierung deutlich. Gefordert wurden: „Vergesellschaftung und gesellschaftliche Planung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen“. Insgesamt tr die DGB-Führer politischer und kaler auf, als zu Zeiten des „sozial Friedens“.

Doch mit Worradikalität läßt der Kapitalismus nicht bestiegen. Derlagen hätten die Verelendung Millionen zur Folge. Ein sozialesches Programm muß im Klassenkampf das Rückzug für die Gewerkschaft und die SPD sein.
Stefan Fissahn, Stuttgart IG-Metall Jugendvertreter

geteilt werden. Zum Monopolbetrie gehört das öffentliche Netz, welches noch ausgebaut werden muß. Alle 4 Jahre wird überprüft, ob die „TKK“ zufriedenstellend arbeitet.
Die Gebühren für Ferngespräche sollen billiger werden. Die Telefonaappart sollen auch von Privatfirmen vermietet, verkauft, gewartet und produziert werden. „Telekom“ darf dies auch auf das Produzieren von Telefonapparten (bisher werden die Apparate v. Multis hergestellt). Dies bedeutet, c „Telekom“ abhängig ist von den Lieferanten. Alle Gebühren der „Teleko unterliegen der Zustimmung des Ministers für Post- und Telekommunikation und der des Wirtschaftsministers Die Gebühren der Firmen unterliegen natürlich keiner Kontrolle.
Das Argument, die DBP sei ständig, stimmt nicht! Sie liegt auf v. len Gebieten in der Technik weltweit. Die Mängel im Kundendienst liegen nicht daran, daß Beamte für die Ausbildung des Personals sehr dürftig. Das Personal erfährt die Neuerung, Änderung u.ä. zuerst über die Medien oder über den Kunden. Außerdem scheitern die Großkonzerne die DBP bei der Lieferung von Apparaten usw. etwas zu vernachlässigen.

All diese Punkte (und es gibt noch mehr) zeigen, in wessen Interesse diese Privatisierung geschehen soll. Die Privatisierung gegen diese Teilprivatisierung kämpfen! Nicht nur die Beschäftigten sind die Betroffenen, sondern jeder (außer den Großkonzern) muß deshalb zum bundesweiten Strauß aufufen. Denn alleine durch Subventionen und Demos werden sich die Regierung und die Großkonzern nicht einschüchtern lassen.
Alle Juso-AGs sollten diese Themen aufgreifen und vor Ort die Kollegen

VORZUG

Hamburg

SPD / FDP - Koalition

- ein Irrweg

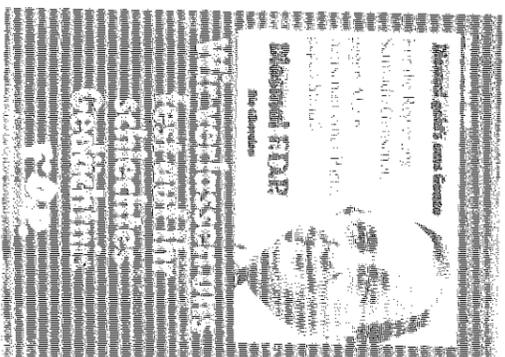
Vor knapp fünf Jahren, 1982, zerbrach in Bonn die sozialliberale Koalition. Die FDP hatte in diesem Bündnis schon lange die Funktion, Druck nach rechts auf die SPD auszuüben. Aber nach dem Putsch der Liberalen, der die Wende einleitete, schien die „Unfallpartei“ FDP entgültig durchschaut.

Soll dies alles heute wieder vergessen sein? Heute haben Klaus von Dohnanyi und andere Vertreter des gemäßigten bzw. rechten Flügels keinerlei Hemmungen mehr, der gelben Partei erneut die Koalitionsecke anzuverleihen. Die FDP ist arbeitnehmerfeindlich:

- die Änderung des §116 war ein frontal Angriff auf die Gewerkschaften;
- die Berufsausbildungsbedingungen wurden durch den Abbau des Jugendarbeitschutzgesetzes verschlechtert. Lehrlinge werden weniger ausgebildet und dafür mehr ausgebeutet;
- das Schülerbafög wurde zusammengebastelt und das Bafög für Studenten auf Vollarbeiten umgestellt. Jetzt macht Bildungsminister Möllemann weiter mit dieser Elitelösungspolitik durch das Abi-Deform-Papier. - Es kostet die FDP nichts, ihr liberales Image in der Außenpolitik zu pfe-

FDP - arbeitnehmerfeindlich

Die arbeitnehmerfeindliche Politik, die die FDP jetzt von der SPD verlangt, wird die SPD diskreditieren, sie von ihrer sozialen Basis isolieren, und die Konfrontation mit den Gewerkschaften provozieren. Denn wie kann die Hamburger SPD einen glaubwürdigen Kampf gegen die reaktionäre Politik der Bonner Koalition führen, wenn sie mit einem Bestandteil dieser Koalition in die gleiche Richtung



geht? - Wie kann die SPD die Kampagne der Postgewerkschaft gegen Privatisierung unterstützen, wenn sie selbst öffentliche Unternehmen privatisiert? - Wie kann die SPD den Kampf der

ÖTV gegen Arbeitsplatzverlust und Angriffe auf Arbeitsbedingungen aus Bonn unterstützen, wenn sie Arbeitsplätze im Hamburger öffentlichen Dienst wegrationalisiert und jedes Jahr 2% Personalkosten spart? - Wie kann die SPD die HBV gegen das neue Ladenschlußgesetz unterstützen?

- Oder die Eisenbahner? 10.000 Arbeitsplätze sind schon gestrichen bei der DB. 1987 sollen weitere 10.000 abgebaut werden. Wie können wir SPD-Mitglieder uns guten Gewissens mit diesen Kollegen solidarisieren, wenn schon die 580 Beschäftigten bei den Falkenled-Werkstätten einen Warnstreik gegen den SPD-FDP-Privatisierungsplan durchzuführen mußten?

- Und wie sollen wir die Schülerbewegung gegen Möllemann unterstützen, gleichzeitig aber mit seiner Partei an der Erbe regieren?

Sozialistische Erneuerung

Was die SPD braucht, ist eine grundlegende Erneuerung der Politik! Weg von unternehmensorientierter „Standortpolitik“, hin zu einer konsistenten Vertretung der Interessen der arbeitenden Menschen und der Jugend. Nötig ist eine Rückbesinnung auf die sozialistischen Traditionen der SPD - und die ist nicht möglich gemeinsam mit der kleinen Partei des großen Geldes.

In dieser Situation ist die Parteilinke gefordert. Sie muß offensiv gegen eine Koalition mit der FDP kämpfen. Sie muß die sozialistische Erneuerung der Partei vorantreiben und sich für einen SPD-Minderheitsenat mit sozialistischer Politik einsetzen, der die Unterstützung der GAL in Form einer Tolerierung oder Koalition verlangt. Brent Kennedy, Hamburg SPD-Mitglied

Wofür wir eintreten:

- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeiterkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatz-Garantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung ...
- Überführung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratische Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterehnen

Die letzten Landtagswahlen zeigen: Klare Mehrheit gegen das Kapital!

Bremen

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl vom 15.9. erscheint recht widersprüchlich: Auf der einen Seite hat die SPD ihre absolute Mehrheit mit 50,5% behauptet und die CDU wurde mit 10% Stimmenverlust unter 25% gedrückt - auch wenn dabei die FDP gestärkt wurde und jetzt mit 10% der Stimmen wieder ins Parlament ein-

der Arbeitstlosigkeit. Zwar hat keine der Parteien einen Ausweg aufgezeigt, der SPD-Senat konnte jedoch Illusion in eine wirtschaftliche Gesundung Bremens wecken und hat immerhin eine Stabilisierung der Situation auf den Worten für die nächsten 1-2 Jahre erreicht. Vor diesem Hintergrund ist auch das Ergebnis für die „Liste D“ zu sehen: Ein Großteil der Wähler sind keine Nazis, sondern konnten diese Illu-



Für die Einheit von deutschen und ausländischen Arbeitern gegen das Kapital: Jusos aus Bremerhaven, Alt-Lehe/Lehe-Nord, organisierten im Wahlkampf die größte Veranstaltung gegen die rechtsradikale „Liste D“. Mehr als 200 Jugendliche kamen zu „Rock gegen Rechts“.

zieht. Dies zeigt die Wut der Arbeiterklasse über die Kohlerregierung. Auch haben die Grünen fast eine Verdoppelung ihres Stimmenanteils auf 10,2% erreicht, verloren allerdings im Vergleich mit den Bundestagswahlen Anfang des Jahres fast ein Drittel der Stimmen.

Neonazis im Parlament

Was aber viel mehr Aufmerksamkeit und auch Besorgnis erregt hat, ist das gute Abschneiden der Neofaschisten von der „Liste D“, einem Zusammenschluß aus NPD und der „Deutschen Volkssunon“. Sie haben mit ihrem 2 Millionen DM teuren Wahlkampf 3,4% landesweit und 5,4% in der Stadt Bremerhaven erreicht und ziehen somit in Stadt- und Landesparlament ein.

Der Hintergrund für die Wahlentscheidung der meisten Bremer war sicherlich die Frage nach der wirtschaftlichen Zukunft und der Bekämpfung

Doch was passiert, wenn im Zuge der nächsten weltweiten Rezession deutlich wird, daß es mit dem „Weiter so, Bremen“-Kurs der SPD-Führung eben nicht aufwärts geht? Die erfolgreiche Verteidigung der absoluten Mehrheit ist kein Freibrief für die Fortsetzung der Krisenverwaltungs-politik. Die SPD konnte im Wahlkampf deutlich machen, daß die Bundesregierung verantwortlich für die schlechte Situation im Land Bremen ist. Auch wurde gut gegen die geplante Steuerreform argumentiert. Hier müssen SPD und Gewerkschaften mit einer Kampagne für Einheit zwischen ausländischen und deutschen Arbeitern im Kampf gegen Kohl und Kapital ansetzen: Keine weiteren Kürzungen, sondern Kampf für eine sozialistische Alternative! Nur so kann den faschistischen Gruppen der Nährboden entzogen werden.

Schleswig-Holstein

Wie bei der Bürgerschaftswahl in Bremen gab es in Schleswig-Holstein mit die größten Wählerbewegungen der Nachkriegsgeschichte. Sehr viele Menschen suchten eine Alternative zu der momentanen kapitalistischen Krisenpolitik im Bund und in den Ländern. In Schleswig-Holstein verlor die CDU im Vergleich zu vor vier Jahren 6,4%. Sie kommt jetzt auf 42,6% Da-

mit setzte sie ihren Niedergang seit 1983 fort. CDU und FDP verloren von ihren Wählern von 1983 ca. 13%. Die Landwirte, größtenteils bisherige Wähler der CDU, waren außerbrachten, denn ihre wirtschaftliche Situation hat sich im Laufe der letzten Jahre ständig verschlechtert. So sind die Schweine- und Getreide-Preise wieder auf dem Stand von 1952, und 3000 Bauern in Schleswig-Holstein haben seit 1980 ihre Höfe aufgeben müssen. Gäbe es alternative Arbeitsplätze, wären es noch viel mehr. Da auch die SPD keine klare Alternative bot, blieben viele Bauern der Wahl fern - die Wahlbeteiligung war mit 76,6% die niedrigste seit langem. Schon vor der Wahl hatten Meinungsfragen deutlich gezeigt, daß der CDU herbe Verluste drohen. Die Panik vor einer Wahlniederlage trieb die CDU-Führung mit Unterstützung großer Industrieunternehmen in eine schmutzige Wahlkampagne. So wurde in Broschüren und Wahlkampftun-gen behauptet, die SPD würde Autos beschaffen, die Polizei und die Gefängnisse auflösen, Abtreibung bis zur Geburt - natürlich auf Krankenschein - freigeben und Sex mit 14jährigen erlauben. Dieser schmutzige CDU-Wahlkampf schreckte die Menschen aber eher ab und war ein Ausdruck für die Hilflosigkeit der CDU. Die SPD gewann 1,5% Stimmen und wurde mit 45,2% stärkste Partei. Der entscheidende Faktor dafür war die Begeisterung der SPD-Basis, das Wissen, es diesmal schaffen zu kön-

nen, zumal sich mit Björn Engholm ein Kandidat vorstellte, der als Partner linker galt. So sagte Engholm in einem Interview im Wahlkampf: „Wir sind keine bürgerliche Partei, wir stehen klar links von der Mitte - und wollen keine Engstirnigkeit. Engstirnig fordert ein Sofortprogramm zur Rettung der Werten, was ihm große Sympathie bei der Arbeiterschaft eintrug. Doch muß auch erwähnt werden, daß die SPD leichte Stimmenverluste hinnehmen mußte. Der prozentuale Anstieg ist auf die sehr niedrige Wahlbeteiligung zurückzuführen. Dies läßt daran, daß viele programmatische Absichtserklärungen von Engholm zwar als glaubwürdig angesehen werden, aber keine klare Kampfspektren von erkennbar waren. Und hier wäre als erstes zu nennen: Unversöhnliche politischer Kampf gegen die Konservativen. Doch die offizielle SPD Wahlkampfstrategie lautete: Der Gegner mit Glace-Handschuhen anfassen. Jetzt muß die SPD sich einzig auf ihre Kraft konzentrieren; die SPD-Führung darf das gewonnene Terrain nicht durch Angebote an FDP oder gar CDU verspielen. Zwar hat sie nicht die Parlamentsmehrheit, aber durch Mobilisierungs- und Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung kann sie es sogar unter den jetzigen Verhältnissen schaffen, die CDU-Regierung Schleswig-Holsteins endlich aus dem Amt zu verjagen. Bruno Hof, Köln Jungsozialist

VORZUG

Ich möchte unterstützen und Ihre weitere Informationen

Name _____

Anschrift _____

Senden an: VORZUG, Hansaring 2, 5000 Köln 1

Ich möchte

VORAN abonnieren 6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen und bestelleExemplare in Kommission (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab DM 20,-)

(Bitte nebenstehendes Adressfeld ausfüllen und einschicken.)

Packa Essen, BLZ 360 100 43
Konto Nr. 2590 59-430
Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1